

# **Landespolitischer Bericht**

**der SPD-Landtagsabgeordneten  
Elke Barth**



**April 2015**

## Liebe Genossinnen und Genossen

In den letzten 12 Monaten war es für die Opposition schwer, gegen das „junge Glück“, die große schwarz-grüne Liebe und das ständige Betonen, wie gut man sich verstehe anzukommen. Immerhin hat dies übertüncht, dass sich kaum etwas bewegt hat:

Ein Bildungsgipfel, mit dem nur der Koalitionsvertrag abgenickt werden sollte und gegen den inzwischen auch die Teilnehmer rebellieren. Und vor allem ein Kommunalen Finanzausgleich, der die Kommunen weiter im Regen stehen lässt, da er mitnichten den Kommunen die verfassungsrechtlich gebotene auskömmliche Finanzausstattung bietet. Es bleibt bei den 4 Milliarden die von allen kommunalen Spitzengremien unisono als zu niedrig erachtet werden. Für uns Kommunalpolitiker macht das die Arbeit schwierig: Wenn wir als Ergebnis dann Grundsteuern und Gebühren erhöhen müssen, machen die Bürgerinnen und Bürger uns auf der kommunalen Ebene und nicht die Landespolitik verantwortlich. Der Bürger unterscheidet nicht, auf welcher politischen Ebene die Misere verursacht wird.

Der Bund hat aktuell mehrere neue „Töpfe“ aufgelegt, um den Kommunen zu helfen. Es gibt einen großen Sonderfond Kommunen und auch zusätzliche 500 Millionen Euro, die den Kommunen für die Flüchtlingsbetreuung zur Verfügung gestellt werden sollen. Die hessischen Kommunen haben hier eine Unterdeckung von 60 Millionen. Das Land hat lediglich eine Erhöhung der Landesmittel um 15% angekündigt. Die zusätzlichen Bundesmittel, von denen die hessischen Kommunen 36 Millionen erhalten sollen, werden über das Land weitergereicht. Unser Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel hat in diesem Zusammenhang das treffende Bild der „klebrigen Finger“ geprägt: Es bleibt abzuwarten, welchen Anteil das Land mit den eigenen Mehrausgaben verrechnet und was tatsächlich bei den Kommunen ankommt.

Des Weiteren beschäftigen uns in den letzten Monaten 2 Untersuchungsausschüsse, bei denen die Landesregierung, insbesondere Ministerpräsident Volker Bouffier zunehmend nervös reagiert: Der Energieversorger RWE fordert vom Land Hessen inzwischen über 200 Mio Euro Schadenersatz für die überstürzte Stilllegung des Atomreaktors in Biblis. Hier sorgte in den letzten Wochen ein durchaus bemerkenswerter Briefwechsel zwischen den RWE Vorsitzenden Großmann und Herrn Bouffier für Aufregung. Auf die Frage von Herrn Großmann: „Wann darf ich mit einem Schreiben rechnen, dass Hessen im Falle eines Wiederanfahrens von Biblis dagegen vorgehen wird?“ hat der Ministerpräsident umgehend reagiert und das gewünschte Schreiben, welches heute die Schadenersatzklage massiv stützt, erstellt.

Bei dem NSU Mord in Kassel an Halit Jozgat haben CDU und Grüne sich monatelang gesträubt, überhaupt einen Untersuchungsausschuss einzurichten, da es nichts zu entdecken gebe. Nun kommt heraus, dass ein V-Mann vor Ort schon vor dem Mord über die Planungen wusste und auch das Innenministerium, welches seinerzeit unter der Leitung von Volker Bouffier stand.

Ihr seht, es bleibt spannend – und das junge schwarz-grüne Glück zeigt inzwischen Risse...

Herzliche Grüße Eure Elke

# Arbeit im Hochtaunuskreis

Mai 2014

- Antrittsbesuch beim Bürgermeister Klaus Hoffmann in Neu-Anspach
- Besuch des Europa-Tages in Wehrheim
- DRK-Jahresempfang im Forum des Landratsamtes
- Europafest der SPD-Bad Homburg
- Antrittsbesuch beim Bürgermeister Roland Seel in Grävenwiesbach
- Teilnahme am Stammtisch der AG 60+ Bad Homburg
- Besuch der GaG
- Europawahlkampf Infostand in Bad Homburg
- Tag der Offenen Tür des Rathauses in Neu-Anspach
- Teilnahme am Europäischen Brunch der Ortsvereine Usinger Land in Usingen
- Jahreshauptversammlung der SPD Bad Homburg
- Infostand zur Europawahl in Bad Homburg
- Rundgang auf der Gewerbeschau in Wehrheim
- Besuch zum Jubiläum 50 Jahre Fanfarenzug Hundstadt
- Monatliches Koordinationsgespräch mit der 1. Kreisbeigeordneten Katrin Hechler und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Joachim Schabedoth
- Teilnahme am Treffen der SPD-Ortsvereine Usinger Land mit Katrin Hechler
- Antrittsbesuch mit Bürgermeister Horst Burghardt in Friedrichsdorf
- Weinabend Aktionsgemeinschaft Bad Homburg
- Baustellenfest Haingasse Bad Homburg

# Überregionale Termine als Abgeordnete

Mai 2014

- Teilnahme am Tag der Metropolregion der IHK Frankfurt
- Parlamentarischer Abend Lufthansa Cargo
  - Parlamentarisches Frühstück der Aidshilfe Wiesbaden
  - Jahresempfang Politik – Wirtschaft VDU in Wiesbaden

## Gemeinsamer Besuch der Hochtaunuskliniken Bad Homburg am 08. Mai 2014 mit Thomas Spieß (MdL)



+

Passgenau am Vormittag vor einer Anhörung zum neuen Krankenhausgesetz im Hessischen Landtag besuchte der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion die neue Hochtaunusklinik in Bad Homburg. Mit dabei die Kreisbeigeordnete Katrin Hechler, Landrat Ulrich Krebs und Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion. Geführt von der Geschäftsführerin der Kliniken, Frau Dr. Julia Hefty, informierte sich Thomas Spieß über die Ausstattung, die Finanzierung und die Organisation des Hauses. Sein besonderes Interesse galt der Finanzierbarkeit einer kommunalen Klinik unter hohen Qualitätsstandards. Er hält eine gesetzliche Finanzierungsregelung für notwendig, die die tatsächlichen Investitions- und Betriebskosten im Blick hat und klare Qualitätsstandards für alle personellen Belange einer Klinik beschreibt. Pauschalierung – wie sie jetzt gilt – sei zwar ein Weg in die richtige Richtung gewesen, nun müssten die Erstattungen aber den tatsächlichen Bedingungen angepasst werden. „Das Land Hessen hat sich aus der Planung herausgezogen. Seine Aufgabe ist es aber im Gesundheitswesen steuerungsfähig zu sein,“ stellte Thomas Spieß fest.

Spieß betonte den Mut der Kreispolitik sich geringerer Mittel von tatsächlichen 70 Mio. Euro Landeshilfe (statt ursprünglich erwarteter 190 Mio) mit den beiden Standorten in Bad Homburg und Usingen dem Gesundheitswesen auf kommunaler Ebene zu verschreiben und Defizite in Kauf zu nehmen. Er halte das Gesundheitswesen als einen Baustein der Daseinsvorsorge für notwendig und als staatliche Aufgabe, da brauche es keine Privatkliniken. „Die Gesundheit der Menschen lässt sich nicht marktwirtschaftlich betreiben, das widerspricht der Humanität,“ so Spieß abschließend.

# SPD schlägt härtere Regeln für Staatsaufträge vor

ler. WIESBADEN. Die SPD im Landtag hat einen Entwurf für ein Tarif- und Vergabegesetz vorgelegt. Damit sollen nach den Worten der Abgeordneten Elke Barth mittelständische Betriebe vor „Dumpingkonkurrenz“ geschützt und Arbeitnehmer vor Niedriglöhnen bewahrt werden. Öffentliche Aufträge dürften aus Sicht der Sozialdemokraten, unabhängig vom Auftragswert, künftig nur noch an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif entlohnen. Zudem sollen die Unternehmen sich verpflichten, einen Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde zu zahlen. Bei wirtschaftlich gleichwertigen Offerten würde künftig das Unternehmen den Zuschlag erhalten, das Auszubildende beschäftigt oder besonders ökologisch arbeitet.

Öffentliche Aufträge machen nach Angaben von Barth, mittelstandspolitische Sprecherin der SPD im Landtag, etwa 20 Prozent des nationalen Bruttoinlandsprodukts aus, deshalb müsse deren Vergabe „Vorbildcharakter“ haben. Bei Gesetzesverstößen von beauftragten Nachunternehmern sei künftig der eigentliche Auftragnehmer zur Verantwortung zu ziehen. Damit werde der Entwicklung Rechnung getragen, dass insbesondere bei größeren Bauprojekten nur noch mit Subunternehmerketten gearbeitet werde. Eine im Wirtschaftsministerium anzusiedelnde

Prüfbehörde solle stichprobenartig etwa fünf Prozent aller öffentlichen Vergaben kontrollieren.

Mit ihrer Initiative will die SPD zudem die Grenzen für freihändige Vergaben, beschränkte, sprich nationale und internationale Ausschreibungen neu regeln. So sollen kommunale Liefer- und Dienstleistungsaufträge künftig nur noch bis 30 000 Euro ganz ohne Ausschreibungen möglich sein (Obergrenze bisher 100 000 Euro) und bis 100 000 Euro (bisher 200 000 Euro) mit beschränkter. Bei Bauaufträgen ist freihändige Vergabe ebenfalls bis zu einem Auftragswert von 30 000 Euro vorgesehen, die Höchstgrenze für beschränkte Ausschreibungen gilt je nach Tätigkeitsfeld: 50 000 Euro bei Ausbaugewerken, Landschafts- und Straßenausstattung, 100 000 Euro bei allen anderen Gewerken und bei Tiefbau, 150 000 Euro bei Verkehrswegen und Ingenieurbau. Bei allen Aufträgen, deren Wert über diese Grenzen hinausgeht, ist eine europaweite Ausschreibung erforderlich.

Auch die Regierungstraktionen CDU und Grüne wollen in Kürze die Eckpunkte für ein neues Tarif- und Vergabegesetz vorlegen, in dem soziale und ökologische Kriterien bei öffentlichen Aufträgen stärker gewichtet werden sollen und das – ebenso wie von der SPD vorgesehen – auch für den öffentlichen Nahverkehr gelten soll.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.05.2014

## Arbeit im Hochtaunuskreis

Juni 2014

- Besuch der IGS Stierstadt
- Besuch des VdK Usinger Land
- Besuch der Gesamtschule am Gluckensteim Mit Sozialdezernentin Katrin Hechler
- Teilnahme an der Hölderlinpreisverleihung im Kurhaus Bad Homburg
- Besuch einer Kindertagespflegestätte in Bad Homburg
- Bezirksparteitag in Frankfurt
- Teilnahme am SPD-Bürgermeistertreffen im HTK
- Besuch des Sommerfestes Haus Mühlberg in Bad Homburg
- Besuch der AWO-Kreisversammlung

# Zwei Euro Stundenlohn

FR, 22.05.14

## Verdacht von Dumpinglöhnen in Wiesbaden befeuert Debatte um Tarifreuegesetz

Von Jutta Bippegather

Rumänische Arbeiter sollen in Wiesbaden zu Dumpinglöhnen geschuftet haben. Wie die Gewerkschaft IG BAU am Mittwoch mitteilte, seien sie auf einer Landesbaustelle der Nationalen Heimstätte illegal beschäftigt worden und hätten dann auch noch den pauschalen monatlichen Lohn von 1200 Euro nicht ausgezahlt bekommen. 14-Stunden hätten die Männer am Tag gearbeitet, berichtete Elise Barth (SPD) bei der ersten Lesung des neuen Vergabe- und Tarifreuegesetzes im Hessischen Landtag. Bei einem Stundenlohn von 1,09 bis 1,99 Euro. „Und das in der Landeshauptstadt Wiesbaden, nicht in Katar.“

Barth forderte hartes Durchgreifen: In einem solchen Fall müssten die direkten Auftraggeber sanktioniert werden können – mit einer Summe von bis zu zehn

Prozent des Auftragswerts. Doch der Gesetzentwurf der schwarz-grünen Koalition sehe vor, lediglich die Subunternehmer in die Pflicht zu nehmen. lege auch keine konkrete Strafe fest. „Sie zementieren damit die mafiosen Strukturen“, warf Barth ihr vor. „Wer solche wackeligen Regelungen erfindet, will doch gar keine Wirkung erzielen.“ Die SPD hat einen eigenen Entwurf vorgelegt.

Die schwarz-grüne Koalition will in dem neuen Gesetz den vom Bund festgelegten Mindestlohn von 8,50 Euro festschreiben. Das Land, die Kommunen und ihre Eigenbetriebe dürfen Aufträge dann nicht mehr an Unternehmen vergeben, die ihren Beschäftigten weniger bezahlen. Neu ist, dass auch der Verkehr mit einbezogen wird. Vor allem Busfahrer klagen über Dumpinglöhne, der jüngste Streik in Wiesbaden ist erst wenige Tage her. Nach eigenem

### REGIONALVERKEHR

**Der Nordhessische Verkehrsverbund (NVV)** hat bei seinen Busauschreibungen seit 2007/8 eine Tarifbindung festgelegt. Gefordert wird als Mindestvergütung die des Landesverbands hessischer Omnibusunternehmen (LHO). Sie liegt derzeit bei 11,45 Euro pro Stunde.

**Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV)** fordert ebenfalls eine Vergütung auf LHO-Niveau beziehungsweise auf dem der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft. ja

nem Gusto sollen die Kommunen entscheiden können, ob sie bei Ausschreibungen zusätzliche Kriterien aufnehmen – etwa dass ein Betrieb ausbildet oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert.

Die von der SPD geforderte Kontrollbehörde, die fünf Prozent aller Auftraggeber prüft, lehnt die

Landesregierung ab. Das sei praktisch, der Aufwand zu groß, sagte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne). Die Auftraggeber und unterlegenen Mitbewerber würden mit Sicherheit bemerken, wenn der Auftragnehmer seiner Pflicht nicht nachkomme. Der Entwurf habe das Ziel, die Vergabe fairer zu machen. Unternehmen, die Langzeitarbeitskräfte beschäftigen oder ressourcenschonend produzieren, könnten davon profitieren.

Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Janine Wissler, sagte, der Gesetzentwurf sei „voller weicher Formulierungen und Schlupflöcher“. Mit Kann-Vorschläffen bei den sozialen und ökologischen Standards werde die Wirkung verfehlt. Walter Arnold (CDU) verteidigte den Gesetzentwurf. Er sei ein „tragfähiger Kompromiss“, um den die beiden Koalitionspartner hart gerungen hätten.

Frankfurter Rundschau  
22. Mai 2014

## Überregionale Termine als Abgeordnete

Juni 2014

- Besuch des Parlamentarischen Sommerfestes des Chemieverbandes in Wiesbaden
- Besuch des Hessentages in Bensheim – Rundgang und Dienste am Stand der SPD-Landtagsfraktion
- Baustellenbesuch wegen unterbezahlter rumänischer Arbeiter in Wiesbaden
- Gespräche mit Gewerkschaftsvertretern wegen des Vergabegesetzes
- Delegationsreise mit Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir in die Niederlande
- Besuch des Rheingauer Dialogs des Hessischen Handwerkstages
- Gespräch mit einer Besuchergruppe eines Oberurseler Gymnasiums im Wiesbadener Landtag

TZ 21.07.14

# Barth: Spielräume nutzen

## Landtagsabgeordnete kritisiert Umgang mit TVH-Kräften und fordert Einzelfallprüfungen

Mit harschen Worten geißelt die SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth die Kündigungspraxis des Landes und des Schulamtes bei den TVH-Kräften.

Hochtaunus. „Unsoziale Beschäftigungspolitik“, „unwürdiges Verhalten eines öffentlichen Auftraggebers“ – die Vorwürfe der SPD-Landtagsabgeordneten gegen das Land Hessen und das für den Hochtaunuskreis zuständige Schulamt in Friedberg sind schwerwiegend. Das Thema, das die Politikerin in Rage bringt, ist

der Umgang mit den TVH-Kräften, also Lehrern, die mit Ketten-Zeitverträgen ausgestattet sind und die jetzt, nach mehrjähriger Tätigkeit, vor die Tür gesetzt werden sollen (TZ-berichtet).

„Befristete Verträge sollten die Ausnahme sein und spätestens nach der dritten Verlängerung in einem unbefristeten Vertrag münden“, fordert Barth. Sie sehe sich damit in Übereinstimmung mit dem Arbeitsgericht, die in jüngerer Zeit vermehrt Lehrern Recht gegeben hätten, die auf eine Entfristung geklagt hätten. Besonders

akut ist die Landtagsabgeordnete, weil das staatliche Schulamt ex-jure eine Verfügung erlassen habe, dass Lehrer mit fünf Jahren in Folge befristeten Verträgen keine Verlängerung mehr erhalten sollen. Als Begründung wird ein aufgrund landesweit sinkender Schülerzahlen vorhandener Überhang an verbeamteten Lehrern aufgeführt. Diese sollen die durch bisher von TVH-Kräften besetzten Stellen nun ersetzen.

Die Abgeordnete kritisiert, dass dadurch die Situation an den betroffenen Schulen trotz der nahen-

den Ferien unklar sei. Viele Schulen wüssten nicht, welche Lehrer ihnen anstelle der wegfallenden TVH Kräfte zugewiesen werden. „Klappt das überhaupt mit der Fächerkonstellation“, fragt die Abgeordnete. Schließlich sei Lehrer nicht gleich Lehrer – einen Musiklehrer kann man nicht durch einen Französisch-Lehrer ersetzen.

Barth schließt sich daher der Forderung nach Einzelfallprüfungen an, die auch vom Schulleiter beirat der Philipp-Reis-Schule in Friedrichsdorf gestellt wurde. Beschäftigungspolitik sei es ein Un-

ding, nur Stellen und nicht die Menschen mit ihren Qualifikationen zu betrachten. Hier müssten Spielräume genutzt werden, um im Sinne aller Betroffenen Lösungen zu finden. Auf keinen Fall dürfen langjährige TVH-Kräfte durch solche ersetzt werden, die erst seit kurzem einen TVH-Vertrag besäßen und wo noch keine „Gefahr“ einer Entfristung bestehe. Wenn, dann müsse tatsächlich ein verbeamteter Lehrer kommen. *ml*

Lesen Sie zu diesem Thema auch unseren Bericht auf Seite 12.

Taunuszeitung  
21. Juli 2014

Ich gratulierte der Freiwilligen Feuerwehr Wilhelmsdorf zum Landeszuschuss ...

... was den Kollegen der  
Regierungspartei Holger Bellino  
ziemlich auf die Palme bringt, ...

## Bellino attackiert Barth

LANDTAG CDU-Mann kritisiert SPD-Frau

**WILHELMSDORF/NEU-ANSPACH** (hu). Gute Nachrichten will in der Politik am liebsten jeder zuerst und/oder alleine überbringen. Aktuell ist das im Falle des Zuschusses von 88800 Euro aus der Landeskasse für den Umbau des Feuerwehrgerätehauses in Wilhelmsdorf so. Am Freitag verkündete die SPD-Landtagsabgeordnete aus dem Ostkreis, Elke Barth (Bad Homburg) sie ist über die SPD-Landesliste gewählt, dass das Geld kommt. Gestern reagierte der Neu-Anspacher Holger Bellino (CDU), der das Direktmandat im Wahlkreis geholt hat. „Amüsiert“ nehme er zur Kenntnis, „dass

auch die Kollegin Barth die positive Meldung aus dem Innenministerium in einer Pressemitteilung unter Volbracht“ Dabei stamme das Geld aus dem Haushaltsplan des Innenministeriums, den die SPD „noch kraftvoll abgelehnt“ habe. „In Bad Homburg das Bündnis sprengen und sich im Wahlkreis mit fremden Federn aus Wiesbaden schmücken wollen, das ist doch recht durchschaubar“, setzt Bellino mit Hinweis auf die Lokalpolitik nach. Bleibt abzuwarten, wie der CDU-Mann auf die Barth-Mitteilung zur Drehleiter für Bellinos Heimatort Neu-Anspach (siehe Artikel rechts) reagiert.

Usinger Anzeiger  
30.07.2014

Usinger Anzeiger  
30.07.2014

... während ich der Freiwilligen Feuerwehr Neu-Anspach zum Landeszuschuss für eine Drehleiter gratulierte.

## DREHLEITER für Anspacher Brandschützer rückt immer näher

LANDESMITTEL. Feuerwehr in Neu-Anspach bekommt Zuschuss von 153 000 Euro

**NEU-ANSPACH** (red). Die Freiwillige Feuerwehr Anspach kann sich mithilfe einer Landesförderung in Höhe von 153 000 Euro ein Fahrzeug mit Drehleiter – eine sogenannte DLAK 25/12 – anschaffen. Dies teilt die SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth ganz aktuell mit.

Das Innenministerium des Landes

Hessen ist zuständig für die Bezuschussung von Rettungsfahrzeugen und unterstützt die Beschaffung, wenn der Kreisbrandschutz die Feuerwehrentwicklungsplanung abgesegnet hat.

Mit diesem Fahrzeug werde die engagierte ehrenamtliche Arbeit aufgewertet und der Einsatz der Freiwilligen weiter professionalisiert, stellt Land-

tagsabgeordnete Barth fest. Das komme nicht nur der Attraktivitätssteigerung für den Nachwuchs zugute, sondern stelle auch eine Unterstützung bei der Feuerwehrausbildung auf Kreisebene dar. Denn eine Auflage seitens des Innenministers bestehe darin, dass die Förderung diese Bereitstellung voraussetzt.

Auch die Presse scheint Vergnügen an dieser einseitigen Auseinandersetzung zu haben.

## Antrittsbesuche

### Bürgermeister im Wahlkreis 23

Datum	Uhrzeit	Ort	BGM
Fr., 09.05.		11:00 Neu-Anspach	Klaus Hoffmann
Mi., 14.05.	10:00 - 11:00	Grävenwiesbach	Roland Seel
Mi., 28.05.	14:00	Friedrichsdorf	Horst Burghardt
Fr., 05.09.	10:30	Wehrheim	Gregor Sommer

### SPD – Landtagsabgeordnete Elke Barth schließt sich Kritik am Umgang mit den TVH-Kräften an

Seit Wochen herrscht an zahlreichen Schulen im Hochtaunus große Aufregung, da langjähriges und bewährtes Lehrpersonal, das nicht in einem Beamtenverhältnis stand sondern mit einem immer wieder neu befristeten TVH Vertrag angestellt wurden, nun die Schulen verlassen soll.

Allein die Tatsache der immer wieder verlängerten Kettenverträge bezeichnet die SPD-Abgeordnete als eine unsoziale Beschäftigungspolitik, die einem öffentlichen Auftraggeber unwürdig sei. Viele wissen offenbar nicht was das bedeutet: Mit befristeten Verträgen kann man keine Zukunftsplanung betreiben und bekommt häufig nicht einmal ein Darlehen bei der Bank. Befristete Verträge sollten daher wirklich die Ausnahme sein und spätestens nach der dritten Verlängerung in einem unbefristeten Vertrag münden. Dies sehen sogar die Gerichte so. Schließlich sei das der Grund, weshalb Klagen an Arbeitsgerichten in der letzten Zeit vermehrt dazu führten, dass die Lehrenden, die auf Entfristung geklagt haben, Recht erhielten. Weshalb gerade im Hochtaunus die Wogen an den Schulen so hoch schlagen, erklärt sich dadurch, dass das staatliche Schulamt in Friedberg im Gegensatz zu anderen Schulämtern explizit eine Verfügung erlassen habe, dass Lehrkräfte mit fünf Jahren in Folge befristeten Verträgen keine Verlängerung mehr erhalten sollen. Als Begründung wird ein aufgrund landesweit sinkender Schülerzahlen vorhandener Überhang an verbeamtetem Lehrpersonal angeführt, das die durch bisher von TVH Kräften besetzten Stellen nun übernehmen sollen.

Die Abgeordnete kritisiert, dass die Situation an den betroffenen Schulen trotz der nahenden Ferien vielfach unklar sei. Viele Schulen wüssten noch nicht, welches Lehrpersonal ihnen anstelle der wegfallenden TVH Kräfte zugewiesen werden soll. „Klappt das überhaupt mit der Fächerkonstellation?“ fragt die Abgeordnete. Schließlich sei Lehrer nicht gleich Lehrer – einen Musiklehrer kann man nicht durch einen Französisch-Lehrer ersetzen.

Barth schließt sich außerdem der Forderung nach Einzelfallprüfungen an, die unter anderem vom Schulelternbeirat der Philipp Reiss Schule in Friedrichsdorf gestellt wurde. Beschäftigungspolitisch sei es ein Unding, nur Stellen und nicht die Menschen mit ihren Qualifikationen zu betrachten. Eine solche „Hire and Fire Politik“ seitens staatlicher Stellen dürfe es nicht geben. Barth fordert, dass man sich hier auch mehr Gedanken machen müsse, als einfach nur die Beschäftigten einfach vor die Tür zu setzen. Hier müssten Spielräume genutzt werden, um im Sinne der betroffenen Lehrkräfte und Schüler individuelle Lösungen zu finden. Auf keinen Fall dürften nun langjährige TVH-Kräfte durch solche ersetzt werden, die erst seit kurzem einen TVH-Vertrag besäßen und wo noch keine „Gefahr“ einer Entfristung bestehe. Wenn, dann müsse nun auch wirklich verbeamtetes Lehrpersonal kommen. Die Schüler brauchen schließlich Kontinuität in der pädagogischen Betreuung.

An der langfristigen Beschäftigungspolitik des Landes im Umgang mit den TVH Kräften äußert die Abgeordnete massive Kritik: Zu dieser Situation hätte es erst gar nicht kommen dürfen. Zudem es vermutlich einfach so weitergegangen wäre, wenn die Gerichte nicht in der jüngeren Vergangenheit Klagen auf Entfristung entsprochen hätten. „ Wenn Lehrpersonal als Quereinsteiger in diesen Beruf einsteigt, muss es auch hier die Möglichkeit zu qualifizierten Weiterbildungen geben mit einem konkreten Weiterbildungsplan und einem Bewertungssystem. Mehr als 3 Jahre in einem befristeten Verhältnis zu arbeiten, sollte man niemandem zumuten, so die Abgeordnete abschließend.

13. Juli 2014

## Überregionale Termine als Abgeordnete

Juli 2014

- Besuch des Sommerempfangs der IHK Gießen-Friedberg
- Besuch des Hessenfestes in Berlin
- Teilnahme an der Sitzung des Beirats Hessenpark
- Betreuung der Besuchergruppe Starthilfe e.V. aus Usingen
- Gespräch mit dem Verband der Chemischen Industrie im Landtag
- Teilnahme am Abend des Sports im Landtag
- Besuch des Sommerabends der Wirtschaft im Schloss Biebrich
- Praxistag bei dem Chemieunternehmen Sanofi Aventis
- Besuch mit MdL-Kollege Corrado di Benedetto bei DuPont in Neu Isenburg

## Arbeit im Hochtaunuskreis

Juli 2014

- Vorbereitung des Themenparteitages im Herbst mit Katrin Hechler
- Besuch des Stadteifestes Familienzentrum Mitte in Bad Homburg
- Besuch und Rundgang Stadtfest Usingen
- Besuch des Empfangs der IHK Frankfurt „Wirtschaft meets politics“
- Besuch der Einweihungsfeier eines Bewegungsraums der Caritas Tagesstätte
- Teilnahme an der Eröffnung Batschkappenfest in Friedrichsdorf-Köppern
- Teilnahme an der Abschlussfeier der Klassen 9 + 10 der Gesamtschule am Gluckenstein, Bad Homburg
- Teilnahme am festlichen Abend anlässlich der 20-jährigen Partnerschaft zwischen Bad Homburg und Peterhof
- Teilnahme am Fastenbrechen mit der Türkisch-Islamischen Gemeinde
- Teilnahme an der Demonstration für den Verbleib der TVH-Kräfte an der Philip-Reis-Schule
- Besuch des SPD-Sommerfestes Obererlenbach
- Besuch des Sommerfestes der Freunde des Carnevals Bad Homburg
- Besuch des Bachfestes in Ober Eschbach
- Besuch des Sommerfestes im Waldkrankenhaus Köppern
- Besuch des Tages der Offenen Tür bei der Firma Willy A. Löw
- Besuch des Sommerfestes Haus Louise
- Besuch der Gedenkveranstaltung des Hochtaunuskreises 70 Jahre Hitler-Attentat im Kaiser-Friedrich-Gymnasium
- Einweihungsfeier der neuen Rettungswache des DRK Bad Homburg
- Besuch des Flohmarktes der SPD Innenstadt
- Besuch des Sommerfestes des Flersheimstifts

Juli 2014

## Stadtfest Usingen 2014

Der Besuch des Stadtfestes in Usingen gehört inzwischen zum festen Bestandteil meines Terminkalenders. Nach einem Rundgang durch die mit etlichen Ständen bestückte Innenstadt, einigen Gesprächen, einem Stopp bei einem Usinger Gastronom, fand ich den Stand des Partnerschaftsvereins Usingen-Chassieu und konnte wieder einmal meine französischen Sprachkenntnisse einsetzen. Später unterstützte ich die Genossinnen und Genossen aus dem Usinger Land bei der Sammlung von Unterschriften für die dortige Verbesserung der kinderärztlichen Situation. Die Notwendigkeit der Einrichtung einer Notfallambulanz wird von vielen Leuten gesehen. Insgesamt kamen an diesem Stadtfest-Wochenende mehr als 660 Unterschriften zusammen.



## Praxistag bei Sanofi



## August 2014

- Einweihung Asylbewerberunterkunft in Friedrichsdorf
- Besuch des Prominentenfrühschoppen des DRK am Laternenfestes

## Antrittsbesuche

### Bürgermeister im Wahlkreis 23

Datum	Uhrzeit	Ort	BGM
Fr., 05.09.	10:30	Wehrheim	Gregor Sommer

Interview im Usinger Anzeiger  
06. September .2014

# Vom Ehrenamt in den Hauptberuf Politiker

**REDAKTIONSGESPRÄCH** Landtagsabgeordnete Elke Barth über ihre ersten neun Monate

Von Frank Bugge

**USINGEN.** Sie ist in Wiesbaden angekommen. Sie hat bereits ihre Jungfernrede im Landtag gehalten und für die Sozialdemokraten einen Gesetzentwurf eingebracht. Ihr Abgeordnetenleben hat klare Strukturen bekommen. Neun Monate sitzt sie im hessischen Landtag – und die Landtagsabgeordnete Elke Barth ist zufrieden. Nach dem Einzug über die SPD-Landesliste hat die Bad Homburgerin aus ihrem ehrenamtlichen politischen Engagement in der Homburger SPD und im Stadtparlament nun zunächst einmal für die nächsten fünf Jahre bis Januar 2019 ihren Hauptberuf gemacht. „Die erste Zeit war anstrengend“, berichtet sie im Redaktionsgespräch beim Usinger Anzeiger. Zwar hatte sie einen sicheren Listenplatz, doch der Abgeordnetenjob wurde erst am Wahlabend am 22. September 2013 wirklich fix. Erst dann konnte sie bei ihrem Arbeitgeber kündigen. Der Ausstieg und die Übergabe geschahen allerdings nicht über Nacht, sondern noch bis in den Januar hinein pendelte sie immer wieder zwischen der Wohnung in Bad Homburg, dem Landtag in Wiesbaden und dem Schreibtisch in der Firma in Neu-Isenburg.



Seit Monaten im Landtag SPD-Frau Elke Barth. Foto: Bugge

Gleichzeitig richtete sich die Quasi-Nachfolgerin von Petra Fuhrmann (Friedrichsdorf) im Landtag ein. Sie holte die Usingerin Birgit Hahn, SPD-Vorsitzende und Stadtverordnete in der Buchfinkenstadt, zur Unterstützung ins Wahlkreisbüro in der SPD-Zentrale auf der Bad Homburger Louisenstraße. Im Wiesbadener Büro hat sie weitere Mitarbeiter. Während die nordhessischen Kollegen in den Plenarwochen in der Landeshauptstadt logieren, pendelt Elke Barth von Dienstag bis Donnerstag meist zwischen Wiesbaden und Bad Homburg, kann abends im Wahlkreis noch Termine wahrnehmen.

In die landespolitischen Sondierungsgespräche Ende 2013 war sie nicht eingebunden, aber Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel habe in den regelmäßigen Fraktionsitzungen seit September sehr transparent und offen informiert.

Seit sich die schwarz-grüne Regierungskoalition gefunden und der Landtag im Januar die Arbeit aufgenommen hat, sitzt sie für die SPD im Wirtschaftsausschuss und dem Petitionsausschuss. Der sei eine Art „Einstiegsausschuss“ für Parlamentarierneulinge. Weil dort alle Eingaben von Bürgern bearbeitet werden, sei die Themenvielfalt gewaltig („interdisziplinär“) und man lerne als „Kümmerer“ oft die Zusammenarbeit mit der Landtagsverwaltung, die zuarbeitet. Im wichtigen Wirtschaftsausschuss hat sie den Schwerpunkt Mittelstand, Handwerk und öffentliche Auftragsvergabe („mittelstandspolitische Sprecherin“). Die Bad Homburgerin beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Tarifrecht und Verga-

begesetz für die öffentliche Hand, das neu gefasst werden soll und zu dem alle Fraktionen ihre Vorschläge vorlegen. Die SPD habe da „die Fittger in die Wunde“ gelegt und gegenüber den anderen den klareren Entwurf, zeigt sie sich selbstsicher. Ihr Entwurf sehe Kontrolle und Sanktionen vor und regle den Nachunternehmerersatz. Um die Punkte, die wichtig sind, zu erkennen, hat die

Abgeordnete Gespräche mit Unternehmen, Gewerkschaften sowie Verbänden geführt und „viel Praxis“ bei Firmenbesuchen mit den anderen fünf SPD-Kollegen aus dem Ausschuss erfahren. Fairen Lohn für ordentliche Arbeit sei ein sozialdemokratisches Credo. Und was im vergangenen Jahr auf Großbaustellen unter anderem in Frankfurt gelaufen ist, wo rumänische Arbeiter keinen Lohn bekamen, sei ein Skandal, der die Politik zum Handeln zwinge.

Die Entwürfe zum Gesetz liegen vor, am 11. September geht es mit einer Expertenanhörung weiter. „Ende des Jahres“ könnte Barth ihr erstes „eigenes“ Gesetz verabschieden.

Ein „weiterer Skandal“ und ein Thema, das ihr aus dem Wahlkreis entgegenkommt, sei der Umgang des Staatlichen Schulamtes für Wetterau und Hochtaunus mit befristeten Anstellungsverträgen für Lehrer. Nur hier habe es eine „direkte Verfügung“ gegeben, dass langjähriges und bewährtes Lehrpersonal, das nicht in einem Beamtenverhältnis stand, sondern mit einem immer wieder neu befristeten TVH Vertrag angestellt wurde, nun die Schulen verlassen soll. „Unsoziale Beschäftigungspolitik“, meint Barth, die mit Einzelentscheidungen konfrontiert ist. Nach den Fakten müsse man sehen, was aus dem Protest von Personalvertretungen, Gewerkschaft und Politik geworden ist und wo der öffentliche Dienst seinem „Vorbildcharakter“ im Umgang mit Beschäftigten doch noch gerecht geworden ist.

So viel zur Arbeit in Wiesbaden. Und im Wahlkreis? „Die Ortsvereine loben mich“, berichtet sie. Sie hat sich überall vorgestellt, hat auch schon alle Bürgermeister besucht und die hätten ihr

## GEWÄHLTE

► Zum Wahlkreis 23 (Hochtaunus I) gehören die Grävenwiesbach, Neu-Anspach, Wehrheim, Usingen, Friedrichsdorf und Bad Homburg. Direkt gewählter Abgeordneter ist Holger Bellino (CDU/Neu-Anspach). Von den 86519 Wahlberechtigten bekam er 33197 (50,2 Prozent). Elke Barth erhielt 16551 Stimmen. Sie zog über die Landesliste ein ebenso wie Herman Schaus (Neu-Anspach) für die Linkspartei. Aus dem Wahlkreis 24 (Hochtaunus II) sitzt Jürgen Bantzer als Direktkandidat (50,2 Prozent bei 77057 Wahlberechtigten) im Landtag. Den Wahlkreis bilden Glashütten, Königstein, Kronberg, Oberusel, Schmitteln, Steinbach und Weilrod. Sitzverteilung im Landtag: CDU: 47, Grüne: 14, Linke: 6, FDP: 6, SPD: 37 (davon 14 Frauen).

drei Hauptamtliche, die gute Politik machen könnten. Lob gibt es vor allem für die Kreisbeigeordnete, die wie sie selbst ja erst seit Januar im Amt ist. Dennoch habe Hechler in der Flüchtlingspolitik im Kreis einiges bewegt. „Sie macht einen tollen Job und hat mit sympathischer Penetranz dafür gesorgt,

## ELKE BARTH

Elke Barth wohnt in Bad Homburg. Geburtsdatum: 1.6.1965. Evangelisch. Verheiratet. 1993 Studium der Neuen Philologien in Frankfurt mit Magisterabschluss, von 1995 bis 2013 Mitarbeiterin im Vertrieb in verschiedenen Funktionen, zuletzt Sales Support und Inside Sales Manager bei Dupont (de Nemours) Deutschland GmbH.

Seit 1. März 1996 Mitglied der SPD, seit 2006 Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Bad Homburg, seit 2001 Mitglied des Stadtparlaments, stellv. Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion; Mitglied des Jugendhilfeausschusses, Mitgliedschaften IG Bergbau, Chemie, Energie; AWO Bad Homburg; Internationaler Städtepartnerschaftsverein Bad Homburg/Deutsch-Russische Brücke Bad Homburg; Frauenbildungszentrum. Im Landtag Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung und im Petitionsausschuss, im Unterausschuss für Datenschutz und im Beirat Freilichtmuseum Hessenpark.

Quelle: Abgeordnetenbiografie auf der Internetseite des Landtages.

dass Flüchtlinge in allen Kommunen aufgenommen werden und eine gute Willkommenskultur erleben“.

Und wie sieht es um die Kontakte zu den drei weiteren Hochtaunus-Abgeordneten Bellino, Bantzer (beide CDU) und Schaus (Linke)? Die seien „leider nicht so intensiv“.

Die Politik endet bei Elke Barth nicht hinter der Haustür. Schließlich ist sie seit August 2011 mit ihrem langjährigen Lebensgefährten Karl Heinz Krug verheiratet und der ist Bürgermeister in Bad Homburg, rüstet für eine Kandidatur gegen Oberbürgermeister Michael Korwiel (Grüne) bei der Wahl im Juni 2013. Außerdem hat es in der Kurstadt im Viererbündnis von Grünen, SPD, NfU und BfB gehaut, das die Grünen nach Kontakten der SPD zur CDU aufgelöst haben. In der Folge ernannte Korwiel seinen Bürgermeister Krug.

Eine Situation, in der die „neue“ hauptberufliche Landtagsabgeordnete als langjährige ehrenamtliche Parteichefin gefragt ist.

# Arbeit im Hochtaunuskreis

September 2014

- Besuch der Redaktion des Usinger Anzeigers
- Firmenbesuch Lilly Deutschland mit dem AK Wirtschaft
- Firmenbesuch PIV Drives mit dem AK Wirtschaft
- Besuch des Wehrheimer Bürgermeisters Gregor Sommer
- Waldbegehung des Stadtwaldes Bad Homburg
- Besuch des Empfangs zum Internationalen Wettbewerb der Feuerwehren, Schloss Bad Homburg
- Unterstützung bei der Schulstartaktion der Bad Homburger SPD
- Besuch des Nachmittags der Solidarität beim DRK Usingen
- Besuch der Usinger Polizeistation
- Besuch des Promi-Frühschoppens zur Usinger Kerb
- Treffen mit SPD-Bürgermeistern im HTK
- Besuch des Stadtteil- und Familienfestes der Altentagesstätte Gartenfeld
- Besuch der Akademischen Feier im Hessenpark zum 40-jährigen Jubiläum
- Unterstützung am Infostand der Neu-Anspacher SPD zur Unterschriftenaktion Kinderambulanz im Usinger Land
- Wahlkampfunterstützung für Heiko Scheurich in Glashütten
- Besuch des Jahresempfangs des HTK zur Verleihung des Saalburgpreises
- Besuch der Eschbacher Kerb (HG)
- Besuch des Oktoberfestes des FDC
- Besuch der basa Neu-Anspach zum 30-jährigen Bestehen

AK Wirtschaft bei PIV drives



## Überregionale Termine als Abgeordnete

September 2014

- Gespräch mit Vertretern des Verbandes der baugewerblichen Unternehmer
- Besuch der Holzhausenschule Frankfurt mit Landtagskollegen Chris Degen
- Besuch der Veranstaltung „Abend der Metropolregion“ im Wiesbadener Kurhaus
- Besuch des Parlamentarischen Abends des Verbands der Industrie in Wiesbaden
- Besuch des House of Logistics, Gateway garden Frankfurt
- Media-Training der SGK in der Bildungsstätte der IG Metall in Steinbach



## In Usingen keine Stelle vakant

ORTSTERMIN SPD-Landtagsabgeordnete Barth besucht Polizei

**USINGEN** (red) Ist die Polizeistation Usingen unterbesetzt? Dieser Frage ging die SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth nach eigenen Angaben bei ihrem Besuch der Usinger Polizeistation auf den Grund.

Vermehrt sei sie von Bürgern sowie von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Politikern angesprochen worden. Vandalismus und Einbrüche würden vermehrt auftreten und die öffentliche Sicherheit sei gefährdet, berichtete Elke Barth. Das Usinger Land habe eine große Gebietsfläche mit weiten Wegen für die Polizei, so die Abgeordnete mit Verständnis.

Der subjektive Eindruck der Bürgerschaft sei der Polizei bekannt, so der Leitende Polizeidirektor Volker Pfeifer (Leiter der Abteilung Einsatz beim Polizeipräsidium Westhessen). In Usingen sei keine Stelle vakant. Grundsätzlich sei jede Schicht ausreichend besetzt, so dass stets mehrere Streifenwagen im Einsatz sein könnten. Bei Engpässen sei Hilfestellung aus anderen Polizeidienststellen auch außerhalb des Kreises hinzuzuziehen. Dienst Einsätze würden nach Priorität behandelt, so werde zum Beispiel ein Verkehrsunfall würde vor einer Sachbeschädigung bearbeitet.

Bei Einbrüchen seien die Zahlen zwar erheblich gestiegen, die Aufklärungsquote von zehn Prozent (2002) habe sich allerdings in den vergangenen zwölf Jahren ebenfalls mehr als verdreifacht.

Durch zunehmende Einsätze bei überregionalen Ereignissen (Hessenta-

ge, Fußballspiele, Demonstrationen, Abi-Feiern) sowie Dienstaussfällen entstünden regelmäßig Überstunden, die aber gezielt nach und nach abgebaut würden, berichtete der leitende Polizeidirektor, der dies aber nicht unbedingt nur unter Kostengesichtspunkten betrachtet wissen wollte.

Die Gewährleistung der Sicherheit bei diesen Ereignissen seien Bestandteil des öffentlichen Lebens und damit Aufgabe des Staates.

Nachdem der bereits für 2013/14 geplante Umbau des ehemaligen Amtsgerichts zur Polizeistation verschoben werden musste, soll nun im Frühjahr 2015 begonnen werden. Die Planungen seien weit vorangeschritten. Die Mehrkosten von 250000 Euro, die zum Aufschub geführt haben, seien nun vom Land eingeplant, so dass mit einem Umzug Ende 2015 zu rechnen sei. Dies würde zu einer erheblichen räumlichen Entspannung führen, ausreichend Personalräume und eine moderne Arbeitsumgebung ermöglichen, berichteten Polizeihauptkommissar Uwe Schweitzer und Kriminalhauptkommissar Siegfried Müller (beide Usingen), und Erster Polizeihauptkommissar Peter Schulze (Leiter der Führungsgruppe), der mit den Umbauplänen befasst ist.

„Auch wenn ich die Schließung des Amtsgerichtes nach wie vor für einen Fehler halte, ist es erfreulich, dass die Enge und die marode Substanz der jetzigen Polizeistation in absehbarer Zeit der Vergangenheit angehören werden“, stellte Barth fest.

Die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion verbringen regelmäßig jedes Halbjahr einen Praxistag. Dieses Mal waren Kindertageseinrichtungen an der Reihe. Ich suchte mir das Familienzentrum „Hand in Hand“ in Usingen aus.

# Anforderungen sind enorm

USA 02.10.14  
**PRAXISTAGE** Elke Barth verbringt einen Arbeitstag im Familienzentrum „Hand in Hand“

**USINGEN (bc)** Landtagsabgeordnete Elke Barth (SPD) hatte am Dienstag einen ungewöhnlichen Arbeitstag. Sie unterstützte das Erzieherteam im Familienzentrum „Hand in Hand“ in Usingen. Dieser Besuch ist Teil der Praxistage der hessischen Landtagsabgeordneten, die laut Barth dazu dienen, „die Berufsrealitäten kennenzulernen und den Kontakt zur Wirklichkeit zu erhalten“. Zwei Mal im Jahr schnuppern die Abgeordneten der SPD in Berufe hinein. Hier standen dabei die Arbeit in den Kindertagesstätten und die Arbeitsbedingungen der dortigen Beschäftigten im Vordergrund.

*Wie hat Ihnen der Erzieherinnenberuf für einen Tag gefallen?*

**Barth:** Es war wunderschön, erkenntnisreich und anstrengend zugleich.

*Könnten Sie sich vorstellen, tagtäglich in diesem Beruf zu arbeiten?*

**Barth:** Darüber müsste ich noch einmal länger nachdenken. Auf der einen Seite glaube ich, dass es ein sehr dankbarer Beruf ist, weil einem die Kinder unendlich viel zurückgeben. Auf der anderen Seite sind der Stresspegel und die Anforderungen doch enorm.

*Erzieherinnen werden händeringend gesucht. Was müsste geschehen, um den Beruf attraktiver zu machen?*

**Barth:** Die lange Ausbildung und die seit Jahren kontinuierlich gewachsenen Anforderungen stimmen mit dem Gehalt nicht mehr überein. Die mäßige Bezahlung schreckt sicher viele ab.

*Wie gefällt Ihnen das Familienzentrum „Hand in Hand“?*

**Barth:** Ich habe dort unglaublich engagierte Erzieherinnen kennengelernt, und das Team erscheint mir sehr harmonisch. Die Einrichtung ist von 7 bis 18 Uhr geöffnet, ist sehr flexibel in ihrem Angebot und entspricht damit ideal den Wünschen berufstätiger Eltern. Das ist toll! Zudem werden in Familienzentren ja nicht nur die Kinder betreut, sondern die Familien werden auch anderweitig unterstützt. Diesen Ansatz halte ich für wichtig und richtig.

*Seit 2014 gibt es ein neues Kinderförderungsgesetz (KiföG), nach dem unter anderem die Zahl der Erzieher pro Kind berechnet wird. Kritiker des Gesetzes hatten eine Verschlechterung der Betreuung befürchtet. Wie bewerten Sie die Veränderungen?*

**Barth:** Dieser Kritik muss ich mich leider anschließen. Der hessische Bildungsplan kann damit in der Praxis kaum umgesetzt werden. Ein großes Problem ist die Stichtagsregelung beim KiföG. Das bedeutet, dass nur diejenigen Plätze in Kitas und Krippen eine Landesförderung erhalten, die zum 1. März eines jeden Jahres besetzt sind. Tatsächlich wird in der Praxis aber ganzjährig aufgenommen. Hier und bei Einrichtungen oder Gruppen, die erst im Aufbau sind, bleiben die Kommunen bis zu einem Jahr alleine auf den Kosten sitzen. Und im ländlichen Raum, wo die Gruppen nicht so gut gefüllt sind, wie bei uns im Ballungsraum gibt es konkret auch weniger Geld.

**Interview**  
Elke Barth  
SPD-Landtagsabgeordnete



Usinger Anzeiger  
02.10.2014



Praxistag im Familienzentrum „Hand in Hand“

# Arbeit im Hochtaunuskreis

Oktober 2014

- Besuch der Lebenshilfe in Bad Homburg
- Besuch einer Veranstaltung der Familienzentren im Kurhaus Bad Homburg
- Besuch des Richtfestes Erweiterungsbau der Adolf-Reichwein-Schule in Neu-Anspach
- Teilnahme am Festakt anlässlich des 25. Jahrestages der Wiederherstellung der Homburger Schlosskirche
- Begrüßung der AG 60+ beim Besuch im Hess. Landtag
- Begrüßung der SPD Ober Eschbach beim Besuch im Hess. Landtag
- Organisation des Treffens der SPD-OV- und Fraktionsvorsitzenden zum Thema Kommunal Finanzen
- Einwöchiges Praktikum im Flersheim-Stift, Bad Homburg
- Teilnahme am Musikgottesdienst zum Reformationstag

## Besuch der Lebenshilfe in Bad Homburg



Die Lebenshilfe in Bad Homburg leistet Unterstützung für Menschen mit Behinderungen. Sie wurde hier im Hochtaunuskreis 1966 gegründet und ist damit eine der ersten in Deutschland. Empfangen wurde ich vom Vorsitzenden der Lebenshilfe, Herrn Peter Vollrath-Kühne, der mir die Einrichtung vorstellte und zeigte.

Die Lebenshilfe hat drei verschiedene Säulen: Zum einen der Familienunterstützende Dienst, welcher Freizeitaktivitäten für die Betroffenen organisiert, wie zum Beispiel einen Besuch in den Zoo oder Ferienspiele und -freizeiten. Um die Kinder auch schon bis zum Kindergartenalter zu fördern, gibt es die Frühförderung. Dabei werden die Kinder fachlich pädagogisch betreut und auf Kindergarten und Schule vorbereitet. Die Lebenshilfe bietet zudem einen Betreuungsverein, der die Betroffenen auch nach der Schulzeit unterstützt. Neben den Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch sind Spenden und Gelder von Stiftungen wichtige Finanzierungsbausteine.

Eine Erweiterung des Angebots der Lebenshilfe in Usingen ist geplant – auch um Betreuern und Betroffenen lange Fahrtzeiten aus dem Usinger Land zu ersparen.

Nach dem Gespräch wurden uns die Räumlichkeiten gezeigt und wir konnten mit einer Betreuungsgruppe essen und singen. Hier werden Kinder und Jugendliche altersübergreifend bis zur Beendigung der Schule (max. 19 Jahre) betreut. Die Kinder verstanden sich gut miteinander und vor allem die Betreuer waren sehr ruhig und sorgsam. Jedes Kind und auch wir als Besucher wurden integriert.

# Überregionale Termine als Abgeordnete

Oktober 2014

- Gespräch mit Vertretern des Hessischen Handwerktags
- Diskussion mit ZOV-Fraktion (Zweckverband Oberhessischer Versorgungsbetriebe) zum neuen Vergabegesetz in Kassel
- Verabschiedung des Landesstudioleiters des HR, Christoph Scheffer, HR-Studio Wiesbaden
- Teilnahme am Parlamentarischen Abend der Deutschen Bank, Kurhaus Wiesbaden
- Besuch der „High Five Aktion“ von World Vision
- Teilnahme am Parlamentarischen Abend der Hessischen Familienunternehmer
- Teilnahme am Hessischen Unternehmertag in Wiesbaden

## World Vision Aktion für Kindergesundheit



Am 15. Oktober haben Abgeordnete des Hessischen Landtags, darunter auch ich, in Wiesbaden mit der High Five Aktion ein Zeichen für eine notwendige Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Kindern in armen Ländern gesetzt. Die internationale Gemeinschaft – und damit auch Deutschland – muss mehr tun, damit kein Kind mehr an leicht vermeidbaren Krankheiten wie Lungenentzündung und Durchfall sterben muss. Denn jedes dritte Baby kommt ohne medizinische Versorgung zur Welt. 6,3 Millionen Kinder sterben jedes Jahr noch bevor sie fünf Jahre alt werden an Ursachen oder Krankheiten, die vermieden oder behandelt werden könnten.

Mit der Kampagne „Gesunde Kinder Weltweit“ will World Vision als internationales Kinderhilfswerk auf die prekäre Gesundheitssituation aufmerksam machen und die Wichtigkeit politischen Handelns aufzeigen. Über sechs Millionen Menschen rund um den Globus haben die Kampagne „Gesunde Kinder Weltweit“ seit Mai 2014 unterstützt. In Deutschland haben sich besonders Schüler/innen und Kinder mit ihren Altersgenossen in armen Ländern solidarisiert und tausende Wunschkarten verfasst.

# „Berufe am Menschen höher bezahlen“

## Die SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth über ihre Erfahrungen als Praktikantin in einem Pflegeheim

**D**ie SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth hat Anfang des Monats ein Praktikum im Pflegeheim der Flerzheim-Stiftung in Bad Homburg gemacht.

**Wollen Sie zurücktreten?**

Nö, ich möchte zweimal im Jahr ein einwöchiges Praktikum machen. Ich suche mir wichtige Berufsfelder aus und schaue tiefer rein. Dazu gehört der Pflegeberuf. Im Flerzheim-Stift bin ich gegangen, weil die Einrichtung auf Demenz spezialisiert ist und wir damit zunehmend konfrontiert werden. Das mache ich auch, um als Politikerin nicht die Bodenhaftung zu verlieren.

**Verliert man die so schnell?**

Die Situation bei mir ist anders, ich habe 20 Jahre röteltes Berufsleben als Angestellte hinter mir. Politik darf nicht nur am Schreibtisch stattfinden. Die wirklich wichtigen Erfahrungen, die in konkreter Politik münden, die habe ich im direktesten Kontakt mit den Menschen.

so viel zurück. Es war sehr bereichernd.

**Ein besonderer Erlebnis?**

Das lustigste war ein Gespräch mit einer Dame, die mich fragte, was ich „junge Frau“ später mal werden wolle, wenn ich jetzt hier ein Praktikum mache. Was mich berührt hat, ist, dass sich meine Schulblogger schon nach kurzer Zeit so an mich gewohnt hatten – und ich mich an sie.

**Was haben Sie denn gemacht?**

Eigentlich alles, verschiedene Schichten, bei der Essensübertragung gehalten, die Menschen beim Essen unterstützen, die Zeitung vorgelesen, bei der Eingabe rasche geholfen, über dem Tisch den Luftballon zugeworfen zum Beispiel mitzuspielen.

**Was nehmen Sie für Ihr eigenes Alter mit?**

Sollte ich mal in ein Pflegeheim müssen, würde mich das nicht schrecken. Wir müssen aber noch wesentlich mehr Geld reinstecken – der Bedarf an Pflege nimmt zu. Geradezu wurde ja eine riesige Straße



Elke Barth (links) mit Ursula Maak im Flerzheim-Stift.

der Pflegeheim beschlossen. In vielen Pflegeheimen gibt es freie Stellen, man findet kaum noch Personal. Auch an der Wertschätzung in der Gesellschaft muss sich was ändern.

**Was nehmen Sie mit in Ihre politische Arbeit?**

Wir müssen mehr für das Berufsbild werben. Es kann nicht sein, dass die meisten Altersberufe besser bezahlt werden als dieser körperlich und emotional viel anspruchsvollere Job. Die Arbeit am Menschen muss grundsätzlich viel höher bewertet und bezahlt werden. Das gilt auch für Erzieherinnen. Und wir müssen Wohnraum schaffen für die, die zu wenig verdienen, um sich hier die Miete leisten zu können.

**Sonst haben wir lauter reiche alte Leute hier, aber keine, die sie pflegen.**

Genau. In der Flerzheim Stiftung gibt es nicht viele, die über die paar Personaltwohnungen hinaus in Bad Homburg wohnen.

Interview: Antina Herzig

11.11.2014

11.11.2014

11.11.2014

11.11.2014

11.11.2014

11.11.2014

11.11.2014

Ich wollte mir das Berufsbild anschauen, es hat sich ja sehr verändert. In der öffentlichen Wahrnehmung heißt es immer nur: Alte Leute waschen, der Beruf hat kein gutes Image. Wenn ich mit nun anschau, welche Qualifikationen die Menschen dort inzwischen mitbringen müssen und welche Arbeit sie leisten, hat das meinen Respekt stark erhöht. Man liest so viele Negatives über Pflegeheime, ich wollte mir die Realität anschauen.

#### *Harte Arbeit für wenig Geld?*

Man findet dort Leute, die für 1500 Euro brutto, da sind wir knapp über dem Mindestlohn, bis maximal als Fachkraft nach 15 Jahren bis 2500 Euro arbeiten. Der Schnitt liegt bei 2200 Euro.

#### *Was hat Sie beeindruckt?*

Die Empathie, mit der die Mitarbeiter arbeiten. Wie sie liebevoll, trotz der wüßigen Bedingungen in Schichten, Wochenenddiensten, mit den alten Menschen umgehen. Das Miteinander ist sehr respektvoll, gerade auch mit den demenzen Bewohnern.

#### *Mit welchen Erwartungen sind Sie ins Praktikum gegangen?*

Mir war etwas mulmig, ich wusste nicht, auf was ich mich einlasse. Ich hatte Angst vor der Konfrontation mit Alter, Tod, auch schlechten Gerüchen, der ganzen Atmosphäre. Aber ich habe das genau Gegenteil erlebt. Man bekommt von den alten Menschen

Regelmäßig die Arbeitswelt erleben und nicht aus dem Blick verlieren ist eines meiner Ziele. Deshalb absolvierte ich in den Herbstferien ein ein-wöchiges Praktikum in einem Pflegeheim.

Als Folge biete ich nun im Flersheimstift – meinem Praktikumsgeber – einmal im Monat eine Diskussionsstunde an, die jedes Mal gut besucht ist und zu ausgiebigen Gesprächen führt.

## Überregionale Termine als Abgeordnete

November 2014

- Besuch des Wirtschaftstags der Volks- und Raiffeisenbanken in der Jahrhunderthalle Frankfurt
- Gespräch mit Vertretern der der WI-Bank
- Gespräch mit Fluglärminitiative Mainz im Hess. Landtag
- Teilnahme an der Anhörung zu den Entwürfen eines neuen hess. Vergabegesetzes
- Besuch der AFA Hessen Süd zum neuen Vergabegesetz
- Begrüßung der Besuchergruppe der Starthilfe Hochtaunus im Hess. Landtag
- Besuch des Parlamentarischen Abends des Verbandes Freier Berufe Im Kurhaus Wiesbaden

# 72 „Mehr Respekt fürs Pflegepersonal!“

Warum Elke Barth eine Woche lang im Flersheim-Stift hospitierte und welche Erfahrungen sie dort machte

Frühschicht, Spätschicht, Brote schmirren, Rücken waschen, vorlesen, füttern, Ball spielen – wer in der Pflege tätig ist, weiß, wie vielschichtig und anstrengend dieser Job ist. Die SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth weiß das jetzt auch. Sie hat nämlich ein Praktikum absolviert – im Flersheim-Stift.

■ Von Sabine Mährlein

Bad Homburg. Als Partei für die Arbeiter setzt sich die SPD für die Belange derselben ein. Um aber zu wissen, wo der Schuh drückt, ist es wichtig ein genaues Bild von den Sorgen und Nöten der Arbeitneh- mer zu haben. Und wie bekommt man darüber einen Überblick? Richtig: Indem man mal in den ei- neren oder anderen Job reinschup- pelt. Elke Barth, frisch gekannte Landtagsabgeordnete der SPD, hat- te sich genau das für den Fall ihrer Wahl in den Landtag vorgenom- men: wollte zwei Mal im Jahr in ei- nem Betriebs mitarbeiten. In den Herbstferien hat sie Nägel mit Köp- fen gemacht.

Weil in Zusammenhang mit dem thematischen Wärdel das Thema Bedarf an Pflegekräften im- mer wichtiger wird – mit der neu- en Stufe der Pflegeform hat der Bundesrat gerade wieder den Weg freigemacht für zusätzliche 2,5 Mil- liarden Euro im Bereich Pflege – hatte sich Barth dafür entschlossen, in eine Pflegeeinrichtung einzu- schnuppern.

## Brötchen schmirren

Bereits im September hatte sie sich für ein abwechslungsreiches Praktikum im Flersheim-Stift in Bad Homburg beworben. „Natürlich Eindein, das die Mitarbeiter zusätzlich kün- stlich und glänzen, ich würde es mit Fernschicht amüsieren und gar nicht wirklich arbeiten wollen“, sagt Barth, aber sie habe die Pfle- geleiterin schnell eines Besseren be- lehrt. „Ich habe gleich in der ersten Frühschicht zig Brötchen und Bro- te geschmeckt und versucht, mich bei der Mahlzeit-hergabe nützlich zu machen“, sagt Barth. Denn im Flersheim-Stift, das auf Demen- zpatienten spezialisiert ist, gibt es viele Menschen, die Hilfe beim Essen

brauchen, weil sie nicht einmal mehr wissen, wie man eine Gabel zum Mund führt.

Die Aufgaben, die Barth als „Praktikantin“ zu absolvieren hatte, waren vielfältig: Sie spielte Ball mit den Eltern, las den anderen aus der (bunten) Zeitung vor, unterrich- tete sich mit wieder anderen über La- kalpolitik oder hat mit weiteren ge- sungen. „Ich war erstaunt, welche ‚Schülerkinder‘ sich bei unserem De- mentenpatienten öffneten. Da war ein älterer Herr, dessen Alltagsfähig- keit wirklich sehr eingeschränkt ist und der für alles Hilfe benötigt. Aber als ich ihm sagte, ich sei SPD-Landtagsabgeordnete, fing er an zu reden wie ein Wasserfall, denn er war ein alter SPDler. Diese ‚Schub- lade‘ ließ sich also trotz seiner De- mentenz noch öffnen“, sagt Barth.

Nach einer Woche im Stift zieht Barth folgendes Fazit über den Pflege-Job: „Es ist ein Berufsbild, das viel mehr Respekt verdient. Es verlangt immens viel Empathie, Liebe zu den Menschen, körperli- chem Einsatz und lehrtauglichem Schichtarbeit und Arbeit an Wi- chenswerten und Feiertagen.“

Unso bedenklicher findet es die SPD-Landtagsabgeordnete, dass die Gehälter in der Pflege so niedrig seien. „Eine Pflegefachkraft ver- dient nach drei Jahren Ausbildung und erst nach vielen Jahren Berufs- erfahrung maximal 2800 Euro brut- to. Hier müssen wir etwas tun, denn der Bedarf an Pflegekräften wird weiter wachsen.“ Der Bedarf an Fachkräften, die mit behinderten Menschen arbei- ten.



Alltagsbegleiterin Sabine Mährlein (rechts) wies SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth in ihre Aufgaben im Flersheim-Stift ein. Foto: tz

# Arbeit im Hochtaunuskreis

November 2014

- Besuch der Eröffnung der neuen KiTa Kirdorf, Alte Sattelfabrik
- Teilnahme an der Ehrungsfeier der Kreishandwerkerschaft im Kurhaus Bad Homburg
- Besuch der „Wir helfen-Gala“ in Usingen, CWS-Mensa
- Teilnahme am SPD-Landesparteitag in Hofheim
- Teilnahme am Treffen der Alters- und Ehrenabteilung der Friedrichsdorfer Feuerwehren, Friedrichsdorf-Seulberg
- Besuch der Mitgliederehrung der SPD-Friedrichsdorf
- Besuch des Bad Homburger Unternehmerabends, Englische Kirche
- Teilnahme am Friedrichsdorfer Vereinsempfang, Garniers Keller
- Teilnahme an der Grundsteinlegung der Bioabfallvergärungsanlage Brandholz
- Teilnahme an der Verleihung der Erlenbachmedaille der SPD-Obererlenbach
- Teilnahme an der Inthronisation der Bad Homburger Karnevalsprinzessin in der Orangerie im Kurpark
- Besuch an der Seniorenfeier des DRK im Bürgerhaus Kirdorf
- Besuch der Benefizveranstaltung des Zonta-Clubs Bad Homburg im Kulturspeicher
- Besuch der Sitzung der AfA hessen-Süd zum Vergabegesetz
- Teilnahme am Vorlesetag an der Limesschule in Wehrheim
- Teilnahme an der Spendenübergabe an die GAG, Bad Homburg
- Teilnahme am UB-Themenparteitag
- Besuch der Kreistierschau des Kaninchenzuchtvereins Kirdorf
- Mitgliederehrung der SPD-Bad Homburg im Hirschgarten
- Besuch der Veranstaltung der Herbert-Quandt-Stiftung „Bildung für Vielfalt“ in Bad Homburg



Weiß beim Lesen zu fesseln: die SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth beim Vorlesetag in der Limeschule. Foto: Schmah-Albert

## 365 Pinguine im Ludwig-Bender-Freibad

**VORLESETAG** Landtagsabgeordnete Elke Barth (SPD) begeistert Kinder mit tollem Buch

Lu, 22. 11. 14

**WEHRHEIM** (ha). Ursula Götz, Claudia Leisinger, Jasmin Mahdi, Roni Panter, Hilke von Pelchräm und Monika Wihl und als prominenter Gast die SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth haben Stern beim bundesweiten Vorlesetag Kindern in der Limeschule Spaß am Lesen vermittelt. War in den letzten Jahren auch ab und zu schon mal eine Autorin dabei, so freute sich Schulleiterin Katharina Lammel-Mauk auch durchaus über das Angebot der Politikerin, in der Limeschule als Vorleserin teilzunehmen.

Wie sich herausstellte, eine vorzügliche Wahl, auch wenn sich die Kinder unter dem Begriff Landtagsabgeordnete wohl nicht wirklich viel vorstellen konnten. Schon nach kurzer Zeit hatte die Politikerin die Kinder für die Geschichte der „365 Pinguine“ so begeistert, dass diese sich auch auf abenteuerliche Ideen und sogar aufs Rechnen einließen. Denn in dem Buch „365 Pinguine“ von Jean-Luc Promental bringt der Postbote täglich ein Paket mit einem Pinguin ins Haus. Zunächst freuen sich

alle, doch schon bald ergeben sich ganz praktische Probleme: Wenn jeder Pinguin 2,5 Kilogramm Fleisch pro Tag verputzt, wer soll diese Mengen besorgen und bezahlen? Und wohin mit den vielen Tieren?

Hier hatte die Politikerin eine Idee und die Kinder zeigten sich gleich begeistert: Man könne doch den Gregor Sommer fragen, ob man die Pinguine nicht im Schwimmbad unterbringen könnte und dann Eintritt verlangen. „Der Opel-Zoo kann dann zumachen“, scherzte Barth. Vor allem zum Eis schwimmen am Neujahrstag wäre das doch eine tolle Attraktion. „Und wenn man die Liegewiese mit Wasser besprüht, dann ftert die auch zu und die Pinguine würden sich richtig wohlfühlen“, so eine weitere konstruktive Idee aus der jungen Zuhörerschaft.

In dem Buch aber hatte der Familienvater kein Schwimmbad zur Verfügung und musste sich irgendetwas ausdenken, um die Pinguinschar unterzubringen. „Genaugenommen sind Pinguine nichts anderes als ehemalige Eier“, so

seine Argumentation und baute flugs Zwölfer-Kartons. Aber dann auch der Lärm: So viele aufgeregte Pinguine sind so laut wie eine Herde Schüler in der großen Pause.

Neben dem reinen Lesovergnügen, das Elke Barth ganz hervorragend vermittelte, zumal die Politikerin auch stets genügend Zeit ließ fürs Betrachten der Bilder und die Impulse der Geschichte zur Kommunikation mit den Kindern nutzte, sorgte auch die Botschaft des Buches, die sich erst am Ende zeigte, für Gesprächsstoff. Mit der lustigen Idee, die Pinguine vom Südpol an den Nordpol umzusiedeln, um deren Lebenschancen zu verdoppeln, ging es um das Thema Klimawandel. „Aber der Nordpol schmilzt doch auch vor sich hin“, so der Einwurf eines Mädchens. „Ja, da helfe nur, wenn alle sich im täglichen Tun „an die eigene Nase fassen“. Weniger Auto fahren und besser mit dem Bus zur Schule kommen oder mit der Taxisbahn zur Arbeit, lieber vor Ort in den Geschäften kaufen als im Internethandel und vieles mehr.“

## **Elke Barth (SPD): „Darstellung und Verherrlichung von Gewalt an Frauen in Werbung ist untragbar“**

Landtagsabgeordnete der SPD-Fraktion Barth solidarisiert sich mit Menschenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES



Anlässlich des 25. Novembers, des internationalen Gedenktags zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen erklärt sich MdL Elke Barth solidarisch mit der Menschenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES für ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes und freies Leben von Mädchen und Frauen weltweit.

Gewalt an Frauen habe viele Gesichter, weiß Barth. Im Juni 2013 veröffentlichte die Weltgesundheitsorganisation eine Studie, aus der hervorgeht, dass weltweit etwa 35% aller Frauen von Prügelein, Vergewaltigung oder sexueller Nötigung betroffen sind. "Mehr als die Hälfte aller Frauen in Deutschland werden mindestens einmal in ihrem Leben sexuell belästigt. Unsere Gesellschaft darf nicht einfach darüber hinwegsehen, das sind erschreckende Zahlen", erklärt Barth.

Als Schwerpunkt 2014 möchte die Organisation auf frauenfeindliche Werbung aufmerksam machen, denn „Sex sells“ ist bis heute ein häufig verwendetes Motto in der Werbeindustrie. „Sexistische Werbung ist der Anfang von Gewalt an Frauen, denn gesellschaftliche Rollenbilder werden durch Werbung reproduziert“, erklärt die Landespolitikerin Barth und kritisiert die immer noch häufig abwertende Darstellung von Frauen in der Werbung.

„Wir sollten den 25. November nutzen, um ein Zeichen zu setzen, ein Ende der Gewalt gegen Mädchen und Frauen zu fordern und unsere Rollenbilder zu überdenken. Daher danke ich allen Organisatorinnen in den Kommunen des Hochtaunuskreises, die auch in diesem Jahr wieder auf diesen Tag aufmerksam machen“, hebt Barth hervor.

Der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen wird seit 1960 jedes Jahr begangen. Die Vereinten Nationen riefen den Jahrestag nach der Ermordung von drei Frauen in der Dominikanischen Republik aus, um insbesondere staatliche Akteure an ihre Verantwortung für den Schutz von Mädchen und Frauen zu erinnern.

Der bundesweite Vorlesetag in den Schulen war für mich eine Gelegenheit, um zu erleben, wie Kinder auf ihre altersgemäße Literatur eingehen. Ein spannendes Erlebnis, vor allem, wenn es ein Buch sein durfte, das einen hochpolitischen Hintergrund hat – die Klimaveränderungen.

## Elke Barth: SPD wirbt für Ausbildung in Handwerksberufen und Beibehaltung des Meisterbriefes



Die mittelstandspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Elke Barth, hat in der Debatte zur Aufhebung handwerklicher Vorschriften im Hessischen Landtag die Beibehaltung des Meisterbriefes gefordert und gleichzeitig für Ausbildung im Handwerk geworben. „Uns bereitet das Auseinanderklaffen zwischen offenen Stellen und Bewerbern auf dem Arbeitsmarkt große Sorgen. Während Akademiker in einigen Studiengängen aufgrund des hohen Konkurrenzdrucks oftmals in geringer bezahlte Berufe ausweichen müssen, bleiben viele Ausbildungsstellen im Handwerk unbesetzt, da viele junge Menschen immer noch Abitur und Studium einer Ausbildung im Handwerk vorziehen“, sagte Barth am Mittwoch in Wiesbaden.

So seien Ende September 2014 bundesweit noch 10000 Lehrstellen unbesetzt gewesen. Dabei biete eine Ausbildung im Handwerk sehr gute Karriereperspektiven. „Nirgends gibt es bessere Möglichkeiten für eine spätere Selbstständigkeit und wer sich zum Meister entschließt, erwirbt damit auch ohne Abitur die Voraussetzung um später studieren zu können“, so die SPD-Abgeordnete.

Nach wie vor Sorge man sich im Handwerk auch über den drohenden Wegfall des Meisterzwangs in weiteren Gewerke durch die EU. „Der Meisterbrief ist ein wichtiges Qualitätssiegel. Er ist nicht nur ein Garant für Qualität, sein Wegfall würde auch unser duales System aushöhlen und ginge damit zu Lasten der Ausbildung. Hier müssen wir weiter am Ball bleiben und der Abschaffung der noch vorhandenen 41 Meistergewerke weiter entschieden entgegen treten“, sagte Barth.

Besuche in meinem Wahlkreis mache ich regelmäßig und wenn Veranstaltungen anstehen, bin ich gern dabei, so wie zur Eröffnung des Weihnachtsmarktes in Grävenwiesbach.



UA-Mediaberater Karl-Heinz Krute, VGG-Vorsitzende Elke Block, Landtagsabgeordnete Elke Barth, Taurusklubvorstandmitglied Werner Knorr und Bürgermeister Roland Seel freuen sich über die gelungene Neuaufgabe des Erfolgsprojektes Gebietskarte. Foto: Romahn

## Gebietskarte auf den neuesten Stand gebracht

Neuaufgabe vorgestellt – „Rettungspunkte ganz tolle Idee“

GRÄVENWIESBACH (anr). Bei der Eröffnung des Weihnachtsmarktes in Grävenwiesbach wurde die von der Gemeinde Grävenwiesbach und dem Verein Grävenwiesbacher Gewerbetreibender (VGG) in Kooperation mit dem Usinger Anzeiger herausgegebene Gebiets- und Freizeitkarte Grävenwiesbach offiziell vorgestellt.

VGG-Vorsitzende Elke Block erinnerte an die Erfolgsgeschichte der Heimatkarte, bei der in fünf Jahren die komplette Bestauflage in Höhe von 5000 Stück vergriffen war. Beim Weihnachtsmarkt griffen die Besucher zu, um den kristenblauen, mit den Anzeigen Grävenwiesbacher Gewerbetreibender finanzierten Freizeit- und Tourismusführer mitzunehmen.

Zur Vorstellung der Zweitauflage, die die Gemeinde Grävenwiesbach, der Naturpark Taunus,

der Taunusklub und der Usinger Anzeiger sowie die Grafikerfirma mapdigital maßgeblich erstellt hatten, würdigten zahlreiche Vertreter der Politik das Gemeinschaftswerk. Kreistagspräsident Jürgen Bauer, Landrat Ulrich Krebs, die beiden Beigeordneten Uwe Kraft und Katrin Hechler sowie die Landtagsabgeordneten Holger Belling (CDU) nutzten die Gelegenheit zur Inaugenscheinnahme.

Barth kündigte spontan begeistert sogar an, im Sommer 2015 die Karte zum Wandern im Usinger Land zu nutzen: „Ich wandere gerne und freue mich auf viele schöne Wege. Vor allem die Ausweisung von Rettungspunkten ist eine ganz tolle Ergänzung für den Notfall.“ Block würdigte das Erfolgsprojekt und dankte insbesondere auch der Gemeinde mit Bürgermeister Heiko Bullmann an der Spitze, mit deren Hilfe viele aktuelle Neuerungen eingefügt werden konnten und die Karte auf den neuesten Stand gebracht wurde.

Der Dank ging ausdrücklich auch an die Gewerbetreibenden, die unkompliziert und reibungslos unterstützten und mit ihren Anzeigen auf der Karte ein breites Bild des Gewerbes der Großgemeinde Grävenwiesbach repräsentieren.

Die Neuaufgabe erfüllt alle Voraussetzungen, damit auch Besucher der Großgemeinde sowie Einheimische einen Überblick über das Straßen-, Rad- und Wanderwegenetz sowie Sehenswürdigkeiten in der Gemarkung erhalten. Aktuelle Wegeänderungen, Schließungen oder Neuerungen wie zum Beispiel die Verbindung vom Weithalweg über Gienhöden nach Laubach sind in der Neuaufgabe enthalten.

Alle Beteiligten können sich vorstellen, dass dieses Projekt beispielhaften Charakter für andere Kommunen im Usinger Land haben könnte, welche ebenfalls in Gemeinschaft mit dem heimischen Gewerbe Freizeit- und Tourismusattraktionen vorstellen wollen.

Die Usinger SPD lud ein zu einem gesundheitspolitischen Streitgespräch und übertrug mir die Moderation. Es war ein hartes Stück Arbeit die beiden Diskutanten einigermaßen „im Zaum“ zu halten. Es gab reichlich Informationen, wichtige dazu und nicht nur ich fand es schade, dass der Besuch sich in Grenzen hielt – auch von den Mitgliedern. Gesundheit geht alle an!

# Das Gesundheitssystem und die Auswirkung

Politik debattiert leidenschaftlich und gegensätzlich die Probleme

Einschränkungen im Gesundheitswesen treffen Patienten wie Ärzte auf einem empfindlichen Nerv. Woran das liegen mag, diskutierten jetzt Usingers Sozialdemokraten.

■ Von Dorit Lohrmann

Usingen. Hans Martin Kuhlbrodt praktiziert als niedergelassener Chirurg in Neu-Anspach. Dr. Thomas Spies ist Reitungsarzt. Zwei Mediziner also, die sich, so denkt man, eigentlich einig sein müssten. Sind sie aber nicht; wobei die Themen, über die sie sich so richtig in die Wolle zu kriegen verstehen, noch nicht einmal medizinischer Natur sind. Vielmehr faßt ihre Kontroverse auf politischem Diszern, nämlich jenem, den die „unglückliche Gesundheitspolitik“ in ihrem Schlepptau mit sich zieht.

Neulich hat der SPD-Ortsverein seine beiden Genossen zu einem Streitgespräch in den Mensa-Anbau. Landtagsabgeordnete Elke Barth moderierte bereitwillig, geriet aber bald in sichtliche Not, die Wortbeiträge der Debattierenden zu beschränken, um den Abend nicht in unerträgliche Länge zu ziehen.

## Massenware Mensch?

Beide, Kuhlbrodt wie Spies, sind nicht nur Mediziner. Beide mischen auch auf dem politischen Parkett mit – Ersterer als Kommunalpolitiker im Usinger Stadtparlament, Letzterer als Landtagsabgeordneter in Wiesbaden. Und beide



Dr. Thomas Spies (links) und Orthopäde Hans Martin Kuhlbrodt stritten ganz schön, und so hatte es Moderatorin Elke Barth schwer, die hitzige Debatte zu steuern. Foto: Lohrmann

für die SPD. Und worum ging es bei dem Streitgespräch?

Um die Kosten im Gesundheitswesen, um die Frage, ob der Patient noch als Mensch oder eher als Massenware betrachtet wird. Thomas Spies nutzte die Gelegenheit, eine Lanze für die von ihm angestrebte Bismarckversicherung zu brechen. „Alle müssen zahlen, nicht nur abhängig Beschäftigte“, lautete seine Begründung.

Doch warum das System der Krankenversicherung, welches auch immer, überhaupt den politischen Gremien überlassen? Hans Martin Kuhlbrodt sah darin keinen Sinn. „Unsere Politiker

fallen den Lobbyisten anheim“, folgerte der Arzt, wobei er betonte, dass er die des Bundes meinte.

Das Dilemma, um das sich die beiden Podiumsgäste stritten, lag in den offenbar unrealistischen Restriktionen niedergelassener Ärzte durch die Kassenärztliche Vereinigung.

## Zur Kasse bitten

Wenn etwa, wie der in Frankfurt praktizierende Usinger Orthopäde Wolfgang Thoma aus eigener bitterer Erfahrung bestätigte, die notwendige Krankengymnastik nicht verschrieben werden dürfe. Oder wenn das vorgegebene Patienten-Kontingent eines nie-

dergelassenen Arztes erschöpft sei, so dass er neue Patienten erst gar nicht behandeln dürfe. Handele er gegen derartige Auflagen, werde er rigoros zur Kasse gebeten.

Spies bezweifelte, dass derartige Rückzahlungsfordrungen beglichen werden müssten. Nicht erkennbar schien für ihn der dadurch entstehende Arbeitsaufwand zu sein, der den Kassenärzten zusätzlich aufgetrieben werde, wie Hans Martin Kuhlbrodt und Wolfgang Thoma schilderten.

Eine politische Lösung schien sich aber selber nach drei Stunden ausgiebigen Debattierens nicht einzustellen.

# Arbeit im Hochtaunuskreis

Dezember 2014

- Moderation des Gesundheitspolitischen Streitgesprächs der SPD Usingen mit Dr. Thomas Spies, MdL, und Hans Kuhlbrodt
- Teilnahme an der Eröffnung des Neu-Anspacher Weihnachtsmarktes
- Besuch des Steinbacher Weihnachtsmarktes
- Besuch des Grävenwiesbacher Weihnachtsmarktes
- Besuch des Gonzenheimer Weihnachtsmarktes
- Weihnachtsfeier des SOVD
- Vorlesen und Diskussionsrunde im Flersheimstift
- Firmenbesuch Heraeus in Wehrheim
- Besuch der Seniorenweihnachtsfeier in Obererlenbach
- Besuch der AWO-Weihnachtsfeier in der Erlenbachhalle, Bad Homburg
- Besuch des Jahresabschlusses der SPD Innenstadt

## Überregionale Termine als Abgeordnete

Dezember 2014

- Besuch der Firma Heraeus in Wehrheim

---

## Hessen-SPD wirbt für Meisterbrief

Elke Barth: Garant für Qualität

Deutsche Handwerkszeitung,  
19. Dezember 2014

Die mittelstandspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Elke Barth, hat in der Debatte zur Aufhebung handwerklicher Vorschriften im Hessischen Landtag die Beibehaltung des Meisterbriefes gefordert und gleichzeitig für Ausbildung im Handwerk geworben.

„Uns bereitet das Auseinanderklaffen zwischen offenen Stellen und Bewerbern auf dem Arbeitsmarkt große Sorgen. Während Akademiker in einigen Studiengängen aufgrund des hohen Konkurrenzdrucks oftmals in geringer bezahlte Berufe ausweichen müssen, bleiben viele Ausbildungsstellen im Handwerk unbe-

setzt, da viele junge Menschen immer noch Abitur und Studium einer Ausbildung im Handwerk vorziehen“, sagte Barth.

„Nirgends gibt es bessere Möglichkeiten für eine spätere Selbstständigkeit und wer sich zum Meister entschließt, erwirbt damit auch ohne Abitur die Voraussetzung, um später studieren zu können“, so die SPD-Abgeordnete. „Der Meisterbrief ist ein wichtiges Qualitätsiegel. Er ist nicht nur ein Garant für Qualität, sein Wegfall würde auch unser duales System aushöhlen und ginge damit zu Lasten der Ausbildung“, sagte Barth.

## Neues Tariftreuegesetz als wirkungslos kritisiert

103. WIESBADEN. Der Landtag in Wiesbaden hat gestern in dritter Lesung ein Vergabe- und Tariftreuegesetz beschlossen. Danach sind Unternehmen, die öffentliche Aufträge ausführen, verpflichtet, Tariflöhne zu zahlen. Bei der Vergabe sollen in Zukunft außerdem auch soziale und ökologische Gesichtspunkte eine Rolle spielen, das allerdings auf freiwilliger Basis. Weiter gehende Forderungen und Entwürfe der SPD und der Partei Die Linke wurden nicht berücksichtigt. Die mittelstandspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Elke Barth sprach daher in der Debatte zum Gesetz von einer „verpassten Chance“. „Wir sind enttäuscht, dass die schwarz-grüne Koalition die Chance verpasst hat, ein wirkungsvolles Tariftreuegesetz zu gestalten“, sagte sie. Die DGB-Vorsitzende Hessen-Thüringen, Gabriele Kalling, kritisierte später, dass die Einhaltung des Gesetzes nicht kontrolliert werde, es sei schlicht kein Personal dafür vorgesehen. Abgesehen davon müssten Unternehmen, die nachweislich gegen das Gesetz verstießen, nicht mit Sanktionen rechnen, führte sie weiter aus. Und schließlich hätten CDU und Grüne eine Generalunternehmerhaftung verhindert. Das Gesetz bleibe so wirkungslos, äußerte die DGB-Chefin.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.12.2014



Produktionsleiterin Dr. Britta Bär, Betriebsratsvorsitzende Andrea Bläser, Landtagsabgeordnete Elke Barth und Lothar Kiontke, Marketingleiter bei Heraeus Medical. Foto: privat

## Heraeus will in Wehrheim weiter wachsen

FIRMENBESUCH Verkehrsanbindung aber nicht optimal

WEHRHEIM (red). <sup>14.12.2014</sup> Einen sehr freundlichen Empfang bereiteten Dr. André Kubelt und sein Führungsteam der SPD-Landtagsabgeordneten Elke Barth, die sich zu einem Informationsaustausch bei dem Unternehmen in Wehrheim angemeldet hatte. Heraeus Medical beschäftigt nach ihren Angaben weltweit 250 Mitarbeiter, am Standort Wehrheim seien es etwa 160 Mitarbeiter. Hier befinden sich das Schulungszentrum für Ärzte und Krankenhausfachpersonal sowie die Entwicklungsabteilung, Verwaltung und Produktion für den weltweiten Vertrieb von Biomaterialien und Medizinprodukten für die Orthopädie und Unfallchirurgie sind unter einem Dach. Stammsitz der international agierenden Heraeus Holding ist in Hanau.

Nach einem Rundgang durch die Produktion erläuterte Produktionsleiterin Dr. Britta Bär der Abgeordneten die Planungen am Standort Wehrheim. Aktuell nimmt das Unternehmen im Wehrheimer Industriegebiet Nord eine Fläche von etwa 4350 Quadratmetern in Anspruch. Die Planungen gehen davon aus, dass der Standort bis zum Jahr 2020 auf etwa 7500 Quadratmeter ausgeweitet wird. Erweiterungsmöglichkeiten am Standort Wehrheim seien vorhanden, nur bei der Verkehrsanbindung sei in Zukunft möglicherweise noch Optimierungsbedarf, erläuterte Dr. Bär der Abgeordneten.

Zum Abschluss des Gesprächs kam noch die Betriebsratsvorsitzende Andrea Bläser aus der Konzernzentrale Hanau hinzu.

### Knochenzement

Kernprodukt ist der Knochenzement Palacos, weltweit führend bei der Fixation von Implantaten wie etwa künstlichen Hüftgelenken und Knieprothesen. Weitere Produkte stellt das Unternehmen im Bereich Infektionsmanagement in der Endoprothetik her. Etwa sieben Prozent seines Umsatzes steckt das Unternehmen in die Forschung und Entwicklung neuer Produkte, was der SPD-Landtagsabgeordneten zufolge ein überdurchschnittlich hoher Anteil für die Branche ist.

### Unter den Top 100

Der Besuch war zustande gekommen, nachdem Elke Barth Heraeus Medical zu seinem Erfolg beim deutschen Mittelstands Summit 2014 gratuliert hatte. Bei dem Wettbewerb wurde das Unternehmen in diesem Jahr unter die Top 100 der innovativsten Unternehmen des deutschen Mittelstands gewählt. „Von der Berechtigung für diese Auszeichnung konnte ich mich nun überzeugen. Ich bin beeindruckt von der Innovationskraft und Dynamik des Unternehmens“, so Elke Barth.

Usinger Anzeiger  
27. Dezember 2014

# Überregionale Termine als Abgeordnete

Januar 2015

- Besuch des DGB Neujahrsempfang in FFM
- Besuch des BdB (Bund Dt. Baumeister, Architekten, Ingenieure) mit dem AK Wirtschaft
- Teilnahme an Podiumsdiskussion der Jahresauftaktveranstaltung des VbU zum Thema Mittelstandspolitik

## Arbeit im Hochtaunuskreis

Januar 2015

- Neujahrsstand der SPD Bad Homburg
- Besuch der Karnevalssitzung in Grävenwiesbach / Hundstadt
- Moderation der Veranstaltung „Bezahlbarer Wohnen im Ballungsraum“ der SPD HG im Kurhaus
- Diskussionsrunde mit Senioren im Flersheimstift, Bad Homburg
- Besuch des Neujahrsempfangs der SPD Oberursel
- Besuch des Neujahrsempfangs der Stadt Bad Homburg
- Besuch des Neujahrsempfangs SPD Ober Eschbach
- Besuch der Karnevalssitzung „Heiterkeit“ in Bad Homburg
- Besuch des Neujahrsempfangs der Stadt Usingen
- Besuch des Neujahrsempfangs der IGO in Bad Homburg
- Besuch des Mehrgenerationenhauses in Wehrheim
- Teilnahme an Betriebsbesichtigung der Fa. Dornbach mit der AG der Selbstständigen in der SPD
- Arbeitskreis Flüchtlinge in Bad Homburg
- Besuch der Amtseinführung der neuen Bürgermeisterin Brigitte Bannenber in Glashütten
- Besuch des traditionellen Heringssessen der SPD Oberursel
- Gespräch mit Unternehmensberater Dieter Wandrey, ehrenamtlicher Mittelstandsberater für Unternehmen im Usinger Land
- Praxistag im Kreiskrankenhaus Bad Homburg
- Teilnahme an Beiratssitzung des Freilichtmuseums Hessenpark
- Besuch des Tages der offenen Tür an der Hochtaunusschule Oberursel
- Besuch der Großen Fremdensitzung der Freunde des Carneval, Bad

# HESSISCHER LANDTAG

Drucksache **19/1570**

23. 03. 2015



## Kleine Anfrage

der Abg. Barth, Eckert, Faeser, Franz, Gnadt, Hartmann, Holschuh, Rudolph, Siebel (SPD) vom 04.02.2015

betreffend Gründung von Wohnungsbaugesellschaften und wirtschaftliche Betätigungen von Kommunen (§ 121 HGO)

und

**Antwort**

**des Ministers des Innern und für Sport**

### Vorbemerkung der Fragesteller:

Nach § 121 HGO (Hessische Gemeindeordnung) dürfen Gemeinden sich wirtschaftlich betätigen, wenn der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt, die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und wenn der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann (§ 121 Abs. 1 HGO).

Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist, auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie zur Deckung des Eigenbedarfs. Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden (§ 121 Abs. 2 HGO).

Die Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Vertritt die Landesregierung die Auffassung, dass es Städten und Gemeinden nach § 121 HGO grundsätzlich möglich ist, Wohnungsbaugesellschaften zu gründen?

Die Landesregierung vertritt die Auffassung, dass § 121 HGO der Möglichkeit von Städten und Gemeinden Wohnungsbaugesellschaften zu gründen grundsätzlich nicht entgegensteht.

Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Beantwortung der weiteren Fragen davon ausgeht, dass durch Kommunen nicht bereits eine nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO bestandsgeschützte Betätigung ausgeübt wurde oder wird, d.h. vorliegend nach Neugründungen von Wohnungsbaugesellschaften gefragt wird.

Frage 2: Falls Frage 1 mit "ja" beantwortet wird:

- Unter welche konkrete Formulierung in § 121 HGO ist nach Auffassung der Landesregierung die Möglichkeit der Gründung von Wohnungsbaugesellschaften zu subsumieren?
- Welche Voraussetzungen müssen hierfür erfüllt sein?

Zur Beantwortung dieser Fragen ist hinsichtlich des - im jeweiligen Gesellschaftsvertrag statuierten - Zweckes der Gesellschaft zu unterscheiden.

Sollte der Zweck der Gesellschaft vorrangig darin liegen, eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung zu gewährleisten und damit den Bereich des sogenannten "sozialen Wohnungsbaus" abdecken, wäre nach der gesetzlichen Fiktion des § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO eine als "nichtwirtschaftlich" einzustufende Betätigung auf dem Gebiet des Sozialwesens gegeben.

Sollte sich das Betätigungsfeld der Wohnungsbaugesellschaft hingegen überwiegend auf den frei-finanzierten Wohnungsbau erstrecken, wäre die Gesellschaft - wie private Wohnungsbaugesellschaften auch - erwerbswirtschaftlich tätig. Hieraus folgt, dass die Gründung einer Gesellschaft mit derartigem Gesellschaftszweck unter § 121 Abs. 1 HGO zu subsumieren wäre. Die

dort verankerte "Schrankentrias" müsste bei Beurteilung der Zulässigkeit der Gründung erfüllt sein; insbesondere das Subsidiaritätsgebot wäre zwingend zu beachten. Wären die gesetzlichen Voraussetzungen jedoch im Einzelfall erfüllt, stünde die Bestimmung der Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft gleichwohl nicht entgegen.

Frage 3. Falls Frage 1 mit "nein" beantwortet wird: Warum nicht?  
Eine Beantwortung dieser Frage entfällt.

Wiesbaden, 16. März 2015  
**Peter Beuth**

---

03. Februar 2015

## **Beamtenbund Demo gegen Kürzungen im Landeshaushalt**



Demonstration des Deutschen Beamten Bunds gegen Stellenabbau, Nullrunde und Kürzungen bei der Beihilfe in Wiesbaden. Gleichzeitig verabschiedet die schwarz-grüne Koalition heute die entsprechenden Kürzungen im Haushalt. Trotzdem waren die Koalitionsvorsitzenden Boddenberg (CDU) und Wagner (Grüne) auch bei der Kundgebung - oder waren das deren Zwillinge?

---

## **Überregionale Termine als Abgeordnete**

Februar 2015

- Teilnahme an der Kundgebung des Deutschen Beamtenbundes zur Haushaltskonsolidierung in Wiesbaden
- Teilnahme am parlamentarischen Frühstück der Lilly Deutschland GmbH zum Weltkrebstag in Wiesbaden
- Teilnahme am Parlamentarischen Abend der Arbeitgeberverbände des Hessischen Handwerks in Wiesbaden
- Fraktion vor Ort an der Goethe-Universität Frankfurt
- Teilnahme am Gespräch des Wirtschaftsausschusses mit Bürgerinitiativen Flughafen im Landtag
- Gespräch mit Gabriele Kailing, Geschäftsführender Vorstand des DGB – Bezirk Hessen Thüringen zum Tariftreuegesetz

# Arbeit im Hochtaunuskreis

Februar 2015

- Teilnahme am Grünkohlessen der SPD Grävenwiesbach
- Teilnahme an der Eucharistiefeier St. Marien in Bad Homburg
- Teilnahme an der Fastnachtveranstaltung der AWO Bad Homburg
- Teilnahme an der Verteidigung zur Rathäuserstürmung im Rahmen des Buchfinkenumzuges Usingen
- Teilnahme an Fastnachtumzügen auf dem Wagen des Hochtaunuskreises in Wehrheim, Oberursel und Oberhöchstadt
- Besuch des Kappenabends der Kolping-Familie in Kirdorf
- Teilnahme an der Veranstaltung zur Verleihung des Schwarzen Bandes
- Besuch der Jahreshauptversammlung der AG 60+ SPD Bad Homburg
- Teilnahme am Heringessen der SPD Neu-Anspach
- Traditionelles Schlachtessen + 20 Jahre Internationaler Bund in Grävenwiesbach
- Besuch der Mitgliederversammlung der Jagdgenossenschaft und Eigenjagdbesitzer des Hochtaunuskreises in Neu-Anspach
- Teilnahme an einer Podiumsdiskussion zur Kommunalpolitik im Humboldtgymsnasium Bad Homburg
- Diskussionsrunde im Flersheimstift Bad Homburg
- Besuch der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehren Friedrichsdorf

---

Pressemitteilung 03. März 2015

## Elke Barth (SPD): Politik muss dem Handwerk gut zuhören



Im Rahmen der Parlamentsdebatte zu einer Aufhebung handwerklicher Vorschriften hat die mittelstandspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Elke Barth dazu geraten, den Vertretern des Handwerks bei ihren Diskussionsbeiträgen zur beruflichen Realität in Deutschland gut zuzuhören. „Die Kommentierungen und Ratschläge des vergangenen Jahres sind sehr wichtig und zeigen, wie intensiv sich die Vertreter unserer Handwerksverbände einbringen. Wir sollten die Bälle aufnehmen und zu einer sinnvollen Umsetzung bringen. Der Nachwuchs- und Fachkräftemangel im Handwerk wird sich die nächsten Jahre verschärfen, wenn nicht gegengesteuert wird. Da das mittelständische Handwerk eine wichtige Säule unseres Arbeitsmarkts ist sind wir gut beraten, diese Probleme wirklich ernst zu nehmen.“ sagte die SPD-Politikerin bei der zweiten Lesung am Dienstag in Wiesbaden.

Der hessische Handwerkspräsident Bernd Ehinger hatte im Herbst vergangenen Jahres eine

Debatte über die Berufsorientierung angestoßen. Er hatte einen „Akademisierungswahn“ in Deutschland beschrieben, der unter anderem dazu führe, dass zahlreiche Lehrstellen trotz guter beruflicher Perspektiven im Handwerk unbesetzt blieben. Gleichzeitig seien aber die Zukunftsaussichten in manchen akademischen Berufen eher schlechter. Einen weiteren Debattenbeitrag lieferte im Dezember der deutsche Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer mit seinem Vorschlag, ausbildungswilligen Flüchtlingen für die Zeit der Ausbildung ein Bleiberecht zu garantieren. Dieser Vorschlag werde inzwischen in der Bundespolitik wohlwollend diskutiert, so auch im Verlauf der aktuellen hessischen Plenarsitzung.

---



19. Wahlperiode

Drucksache 19/

## Hessischer Landtag

### Kleine Anfrage

#### der Abg. Barth, Siebel (SPD)

#### betreffend der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen

##### Vorbemerkung

Am 12. Dezember 2012 hat der Hessische Landtag das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen beschlossen. Das Gesetz dient der besseren Nutzung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen für den deutschen Arbeitsmarkt. Im Hinblick auf den steigenden Fachkräftemangel in vielen Branchen und des zunehmenden Bedarfs ausländischer Fachkräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt, gerade auch in Hessen, kommt diesem Gesetz eine wichtige Bedeutung zu. Die Wirksamkeit des Gesetzes lässt sich daran messen, wie viele Antragsteller erfolgreich eine Anerkennung Ihrer Berufsqualifikation erreichen konnten.

##### Daher frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge wurden seit Inkrafttreten des Gesetzes in Hessen gestellt? (Bitte jeweils für das Jahr 2013/2014)
2. Bei wie vielen dieser Anträge konnte eine Gleichwertigkeit der Ausbildungsnachweise bzw. Berufsqualifikationen festgestellt werden? (Bitte getrennt für die Jahre 2013 und 2014)
3. Wie lange war in die durchschnittliche Bearbeitungszeit?
4. Aus welchen Berufsbildern wurden die Anträge gestellt? (Auflistung nach Berufsbildern - grobe Einteilung - und nach Jahren getrennt)
5. Aus welchen Ländern kamen die Antragsteller? (Bitte nach Jahren getrennt)
6. Entstehen dem Antragsteller Kosten für die Bescheide, wenn ja in welcher Höhe?

Wiesbaden, den 03.03.2015

# Arbeit im Hochtaunuskreis

März 2015

- Besuch des Tagesseminars zum Kommunalwahlkampf im UB-Büro
- Besuch des Schulwettbewerbs im Rahmen des Dialogs der Kulturen der Herbert-Quandt-Stiftung im Landratsamt Bad Homburg
- Besuch der Jahreshauptversammlung der SPD Königstein
- Besuch der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag Usingen vom Netzwerk der Usinger Frauenorganisationen
- Besuch des SPD-Jahresempfang mit Jasmin Fahimi auf der Saalburg
- Teilnahme an der Jugend-Sportlerehrung in Ober Erlenbach, Bad Homburg.
- Durchführung einer Diskussionsrunde im Flersheimstift
- Teilnahme am Treffen der SPD-Bürgermeister im Hochtaunuskreis
- Teilnahme an der Veranstaltung „Ratschlag Hochtaunus sozial“
- Besuch der Akademischen Feier zum 25-jährigen Jubiläum des Vereins „Wir helfen“ in Usingen
- Besuch der Bürgerehrung in Wehrheim
- Besuch der Veranstaltung „Rentenpolitik zu Lasten der Jugend“ der Stiftung Himmelpforte in Bad Homburg / Ober Eschbach
- Besuch der Jahreshauptversammlung der SPD Steinbach
- Besuch der Vertreterversammlung des Kreisbauernverbandes in Neu-Anspach
- Teilnahme an der SPD-Fraktions- und OV-Vorsitzendenkonferenz des SPD-Landesverbandes in Alsfeld

## Fraktion vor Ort - Nahe bei den Menschen



Anfang März hat eine Gruppe von Landtagsabgeordneten, darunter meine Kollegen Ernst-Ewald Roth, Corrado di Benedetto und ich, eine neue Asylbewerberunterkunft in Wiesbaden Biebrich besucht. Informiert wurden wir von Bürgermeister Arno Goßmann (SPD). Beeindruckend ist hier, wie an vielen anderen Orten Hessens auch, das große Engagement der Wiesbadener Ehrenamtsbörse, über die zum Beispiel Deutschkurse organisiert werden. Der Bürgermeister betonte, dass etwa nur die Hälfte der entstehenden Kosten für Unterbringung und Betreuung durch das Land, welches dafür zuständig ist, abgedeckt werden. So hat die Stadt Wiesbaden für diesen Tätigkeitsbereich mehr als 10 neue Sozialarbeiterstellen geschaffen. Insbesondere betonte Goßmann die humanitäre Verpflichtung aller politischen Ebenen, auch die der kommunalen, sich nach Kräften einbringen.

# Überregionale Termine als Abgeordnete

März 2015

- Teilnahme am Parlamentarischen Abend des Deutschen Beamtenbundes
- Besuch der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag im Hessischen Landtag
- Besuch der Flüchtlingsunterkunft in der Otto-Wallach-Straße in Wiesbaden
- Besuch mit dem AK Wirtschaft der SPD-Landtagsfraktion bei der Hessen-Agentur
- Begrüßung einer Besuchergruppe der Starthilfe Hochtaunus aus Usingen im Landtag
- Besuch der Cebit in Hannover
- Begrüßung des Betriebsrates der Firma Dupont im Landtag
- Teilnahme an der SPD-Führungsakademie Berlin

## SPD-Arbeitskreis Wirtschaft besucht Procter & Gamble in Schwalbach



Der Arbeitskreis Wirtschaft der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat heute Procter & Gamble in Schwalbach besucht, um sich über die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen des Unternehmens zu informieren.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Nancy Faeser, Elke Barth, Tobias Eckert, Timon Gremmels, Stephan Grüger und Uwe Frankenberger haben im Gespräch mit der Geschäftsführung und dem Betriebsrat Einblicke in die vielfältige Arbeit des

Unternehmens erhalten. Ein besonderer Fokus lag bei diesem Gespräch auf dem Thema Fachkräftesicherung. Die Abgeordneten zeigten sich beeindruckt vom hochtechnologisierten Betrieb des Unternehmens.

„Procter and Gamble kommt seiner Verantwortung nach, auszubilden und legt großen Wert auf die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mittelfristig wird auch bei P&G das Thema Fachkräftemangel eine bedeutendere Rolle spielen. „Die hessische Landesregierung muss hier wirksame Initiativen starten. Sonntagsreden der Mitglieder der Landesregierung reichen hier nicht aus. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Ohne Fachkräfte wird Hessen seine Wirtschaftskraft einbüßen“, sagte die örtliche Abgeordnete und SPD-Generalsekretärin Nancy Faeser nach dem Besuch. Die Abgeordneten lobten auch das offensichtlich gute Arbeitsklima bei P&G, dass sich unter anderem die niedrige Fluktuation belegt.

In Schwalbach befindet sich die Unternehmenszentrale Deutschland und das Forschungs- und Entwicklungszentrum für Papierhygieneprodukte und Haarpflege. Mit über 10.000 Mitarbeitern in Deutschland, davon allein 3500 in Schwalbach und Kronberg, ist P&G eines der größten Konsumgüterunternehmen der Welt. Der Firmensitz des Unternehmens befindet sich in Cincinnati, Ohio. Im Rhein Main Gebiet wird in den Bereichen Haarpflege, Haarentfernung, Mundpflege, Babypflege und Damenhygiene geforscht. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist auch für Procter & Gamble für den Unternehmenserfolg von besonderer Bedeutung.

# Grenzen der Inklusion

**PRAKTIKUM** Landtagsabgeordnete Elke Barth erlebt eine Woche beim IB in Usingen

UA, 11.04.15  
**USINGEN** (red). In dieser Woche absolvierte die SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth (Bad Homburg) ihr zweites Wochenpraktikum als Landtagsabgeordnete beim Internationalen Bund in Usingen. „Es waren wieder Tage voller Eindrücke“, berichtet sie.

In der Außenwohngruppe in Usingen werden zwölf Klienten betreut: Psychisch erkrankte und geistig behinderte Menschen, die in eigenen Wohnungen leben, einige im Haus der Begegnungsstätte „Mittendrin“ in der Usinger Innenstadt, aber die meisten in Wohnungen im ganzen Stadtgebiet.

Die Betreuung durch Sozialpädagogen erfolgt in den Wohnungen selbst, aber auch in der Begegnungsstätte und bei gemeinsamen Aktivitäten wie Kochen oder Ausflügen. Die Betreuer unterstützen die Klienten bei der Organisation ihres Tagesablaufs, bei allen täglich anfallenden Schwierigkeiten und Problemen. Sie helfen bei der Erstellung der Einkaufsliste, begleiten bei Arztbesuchen, sprechen über die Krankheiten und Ängste, versuchen zu stabilisieren und zu ordnen.

Barth nahm am wöchentlichen Teamgespräch teil, war mit bei den täglichen Besuchen der Klienten, lernte die Oberurseler Werkstätten kennen, zusammen waren sie im Opel-Zoo und haben gemeinsam Kollagen zum 20-jährigen Jubiläum der Usinger Außenstelle im Mai vorbereitet.

„Wichtig ist, den Klienten so viel wie



Elke Barth (Mitte) im Kreis der IB-Mitarbeiter und der Klienten.

Foto: privat

möglich ihre Selbstständigkeit zu erhalten und sie nicht zu bevormunden. Respekt ist auch hier die oberste Maxime“, stellte Elke Barth im Anschluss an die Praxistage fest. Die UN-Behindertenrechtskonvention sei dabei Fluch und Segen zugleich.

„Meine Erkenntnis ist, der Weg in eine inklusive Gesellschaft ist noch lang. Es ist richtig, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als Grundrecht zu verankern. Aber auch geschützte Orte müssen sein, denn nicht immer wird das Mittendrin in

der Gesellschaft von Behinderten ertragen“, lautete die Erfahrung von Barth. Das gelte auch für den Schulbesuch und den Arbeitsplatz.

„Kennengelernt habe ich nicht nur wunderbare Menschen, die mit ihren Beeinträchtigungen versuchen, so gut wie möglich zurechtzukommen, sondern auch ein tolles Team an Mitarbeitern, welches ihnen ein liebevolles Umfeld bietet und ihnen so gut wie möglich hilft, ihr Leben zu meistern – danke IB!“, so die Abgeordnete am Ende ihres Praktikums.

Usinger Anzeiger  
11. April 2015

## Arbeit im Hochtaunuskreis

April 2015

- Praktikum bei der Außenwohngruppe des IB in Usingen
- Besuch einer China-Veranstaltung im Kurhaus Bad Homburg
- Teilnahme an der AsF-Jahreshauptversammlung in Oberursel
- Besuch der Jugendherberge in Grävenwiesbach zum 50-ten Jubiläum
- Besuch des Frühlingsfestes in Grävenwiesbach



Usinger Anzeiger,  
13. April 2015

## Überregionale Termine als Abgeordnete

April 2015

- Teilnahme am Frühlingsempfang der SPD-Landtagsfraktion
- Gespräch mit Frau zur Heiden, Leiterin des staatl. Schulamtes Friedberg, TVH-Verträge